

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Altk. Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Was aber nun?

F. K. Mit leeren Händen ist der Reichskanzler mit dem Außenminister auf die Geldsuche gegangen, mit leeren Händen kehren sie wieder heim. Sie bringen nur ein paar Konzessionen mit. Zum ersten ist der Kredit von 100 Millionen Dollars, der am 16. August zurückgezahlt werden sollte, um drei Monate verlängert worden; zum andern sollen die kurzfristigen ausländischen Kredite in langfristige umgewandelt werden, um den weiteren Geldabfluß aus Deutschland hintanzuhalten. Zu diesem Behufe soll eine Art Stillhaltekonzern gebildet werden. Es ist dessen noch nicht ganz sicher, daß dieser Plan gelingt. Denn es ist wohl denkbar, daß sich ein Teil der vielen kreditgebenden Banken des Auslandes weigern, sich dem Konzern anzuschließen. Aber selbst wenn diese Mißlichkeit nicht eintreten sollte, ist das Ergebnis der fünftägigen ministeriellen Verhandlungen von Paris und London reichlich mager. Es ist nicht mehr gewährt worden, als was die deutsche Geldnot unbedingt gebot. Die beiden Konzessionen hätten, so möchte man meinen, auch ohne den großen Aufwand einer internationalen Ministerkonferenz erreicht werden können, und der durch seinen geringen Erfolg bewirkte Druck auf die internationale Stimmung wäre vermieden worden.

Nun freilich soll der Wert der Ministerkonferenzen darin liegen, daß sie eine Dauerlösung des Kreditproblems vorbereitet haben. Als Deutscher möchte man das gerne glauben, obwohl noch wenig dafür spricht. Eine Anzahl ausländischer Bankiers soll nächsten nach Deutschland kommen, um seine finanziellen Bedürfnisse zu untersuchen. Fremde Beobachter in Deutschland, die herausfinden sollen, ob sein Geldbedürfnis wirklich so groß ist wie dargestellt, und wie es zu befriedigen ist, das ist in mehr als einem Betracht unerbaulich. Es ist wohl möglich, daß die Untersuchung durch fremde Finanziere zu Vorschlägen kommt, die weit über die reine Geldfrage hinausgehen.

Die letzten ministeriellen Konferenzen haben das eine unmißverständlich gezeigt, daß ohne die Mithilfe Frankreichs Deutschland nicht hoffen kann, einen ausländischen Kredit von einigermaßen genügender Höhe und Dauer zu bekommen. Die Stellung Frankreichs ist im Reigen der Mächte, wie die Londoner Verhandlungen besonders deutlich werden ließen, außerordentlich stark, und in den Sachen, die dort zur Erörterung standen, einfach ausschlaggebend. Keine der Mächte war zu nennenswerten Konzessionen an Deutschland ohne die aktive Mitwirkung Frankreichs bereit, selbst England und Amerika nicht. Wenn Staaten von dem Gewicht der beiden angelsächsischen eine solche Haltung für ratsamer halten, so müssen dafür äußerst gute Gründe vorliegen. Das ist denn auch wirklich der Fall. Und Frankreich seinerseits war und ist, wie die Londoner Zeitungen in den letzten Tagen unausgesetzt darlegten, zu einem Kredit oder einer Anleihe nur dann bereit, wenn Deutschland bestimmte Sicherungen bietet. Worin die Sicherungen bestehen sollen, ist zwar von der französischen Regierung noch nicht der Öffentlichkeit unterbreitet worden, aber sie sind von den Zeitungen zu beiden Seiten des Ärmelkanals schon wiederholt angedeutet worden, so daß man sie einigermaßen kennt.

Daß Frankreich Sicherungen verlangt, ehe es ein paar Milliarden Mark an Deutschland gibt, kann man schließlich nicht unbillig finden. Dies schon aus dem Grunde nicht, weil eine so große Anleihe ohne lebhaften Anteil der französischen Bevölkerung nicht aufzubringen wäre. Die französische Bevölkerung lebt äußerst bescheiden. Spart Sou um Sou, um für die verschiedenen Regentage geschützt zu sein. Sie will daher ihre mühselig gesammelten Franken sicher angelegt wissen. Sie hat schon einmal, und zwar mit Rußland, eine furchtbare Enttäuschung erlebt. Eine Wiederholung möchte sie begreiflicherweise nicht. Ist aber für Geldanlagen das heutige Deutschland sicherer als das frühere Rußland?

Das ganze französische Volk wünscht, abgesehen von einem nationalistischen Haufen, der von den Rüstungsindustriellen gefüttert und angefeuert wird, mit seinem östlichen Nachbarn in Frieden zu leben. Dieser Wunsch ist jenseits der Vogesen eher noch stärker als diesseits. Dessen wird man sich bewußt, wo immer man mit Franzosen zusammenkommt. Aber wenn sie nach Deutschland blicken, sehen sie Vorgänge und Reden in steigender Zahl, die starke Zweifel entfachen, ob denn in Deutschland der Wunsch nach Frieden ebenfalls vorhanden sei. Wir alle kennen diese Vorgänge und Reden zu Genüge, und wir können nicht umhin, zu gestehen, daß sie, mit französischen Augen betrachtet, gar nicht anders gedeutet werden können, als es geschieht. Mit der großen Besorgnis ihrer Bürger muß die französische Regierung unbedingt rechnen. Sie würde glatt hinweggefegt werden, wenn sie Deutschland eine Anleihe ohne solche Bürgschaften bewilligte, die geeignet sind, die Besorgnis zu zerstreuen.

Trotz dieser Verständlichkeit werden unsere deutschen Vaterlandsretter im Sekundenakkord ihre Hetze gegen Frankreich unverdrossen fortsetzen. Die saftigsten Brocken aus der nationalistischen Kloake werden über die Vogesen hinübergeschleudert. Zu dem mordpatriotischen Janhagel gesellt sich ein bunter Haufen von Siebenmalweisen, die glauben, ihre nationale Gesinnung mit Tadel und Ratschläge für Frankreich dartun zu sollen. Kurzum, nachdem unsere ganz wilden und halbzuamen Patrioten alles getan haben, das fremde Geld aus Deutschland hinauszutreiben, werden sie alles versuchen, um zu verhindern, das fremde Geld wieder herzukommen.

Aber selbst wenn das Wunder geschähe, wenn Deutschland bald und die große Geldhilfe des Auslandes bekäme, unsere Lage wäre trotzdem äußerst ernst. Darauf kann gar nicht deutlich genug hingewiesen werden. All die innerpolitischen Maßnahmen haben, wie vorausgesehen, nicht den gewollten Erfolg gebracht. Die Flut der Notverordnungen, diese Meisterstücke unserer Bürokratie, hat die soziale Spannung und die wirtschaftliche Misere nur noch mehr verschlimmert. Sie haben die Mißstimmung auch in jene Kreise getragen, die bisher davon noch einigermaßen frei waren. Die Störung des Zahlungsverkehrs durch Bankfeiertage und Kreditbeschränkung hat die Besorgnis und Verwirrung verallgemeinert. Die Zahlung der Gehälter auf Stottern hat nur das Vertrauen weiter zerrütet. Die Erhöhung des Diskontsatzes bringt noch mehr Geschäfte zum Erliegen. Der Danatbank sind noch ein paar andere in den Abgrund gefolgt. Nichts spricht dafür, daß es mit den Bankrotten bald aufhört. Wenn gar einmal die Lohnzahlungen nicht geleistet werden sollten, dürfte das ganze Gebäude, daß durch das Papier der Notverordnungen zu halten versucht wird, ins Rutschen kommen.

Es muß immer und immer wieder betont werden, daß alle Versuche, die Geldnot zu beheben, und alle Notverordnungen nicht dem Urübel zu Leibe gehen, sondern nur eine Doktorei an seinen Ausschlägen ist. Das Urübel ist die wirtschaftliche Not mit der Arbeitslosigkeit. Hiergegen ist jedoch noch nichts getan worden. Wenn soviel Grüte und Kraft auf das Urübel selbst verwendet worden wäre wie auf seine Symptome, wir wären bestimmt nicht so verzweifelt tief in den Engpaß geraten. Es ist sehr zu befürchten, daß sich unsere christlich-nationale Regierung auch fernerhin sträubt, an das Unheil heranzugehen, weil sie ja ihres Wesens Kern, den kapitalistischen, verleugnen müßte. Sie müßte das Bankwesen in die Hand nehmen, die Bankrottwirtschaft der Schwerindustriellen und der Großagrarien rücksichtslos unterbinden und so das Danaidenfaß beseitigen, in das jahraus jahrein ein paar Milliarden Mark, eine Unsumme deutschen Gutes spurlos verschwindet. Sie müßte den Lohnraub unter allen Umständen abstellen, damit es wieder Käufer gibt und die übervollen Warenlager leer werden und es Beschäftigung gibt. Sie müßte die Wucherzölle beseitigen, damit der deutschen Bevölkerung ebenfalls etwas von der Senkung der Warenpreise zugute kommt. Sie müßte ein sozial gerechtes Steuersystem einführen, damit die Besitzenden nach Maßgabe ihres Nutzens vom Staate zu dessen Ausgaben beizutragen haben und damit der Geldüberfluß aufhört, der in dickem Strome den Staatsfeinden zufließt. Sie müßte die nationalsozialistische Hetzerei unterbinden, damit wieder einigermaßen Ruhe im Innern eintritt und das Vertrauen des Auslandes wieder wächst.

Das alles sind beileibe keine sozialistischen Forderungen, sondern platte Selbstverständlichkeiten für eine Regierung. Aber annehmen, daß sie von der derzeitigen Regierung erfüllt werden würden, verlangt einen überirdischen Glauben. Sie wird wahrscheinlich in der Spur weitertraben, in der wir so schrecklich weit gekommen sind — bis es eben nicht mehr weiter geht.

Eigennützige Freigebigkeit

Der Hooverplan sollte Deutschland eine finanzielle Erleichterung verschaffen, außerdem die amerikanische Ausfuhr und die Weltwirtschaft beleben. Das wenigstens verkündete der Vater des Schuldenjahres. Wie es mit der Erleichterung für Deutschland geworden ist, wissen wir alle. Und mit der amerikanischen Ausfuhr steht es nicht besser. Die Hoffnung, von den mächtigen Bergen amerikanischen Weizens einen Teil nach Europa verschiffen zu können, wenn die Schuldzahlung gestundet, hat sich nicht erfüllt. Die Lage der Farmer der Union hat sich um einige Grade verschlechtert, die Weizenpreise fallen weiter, sie haben in Kansas und dem Südwesten die unglaubliche Tiefe von 25 Cents je Bushel erreicht.

Man wird verstehen, daß nun der Glaube an die Propheten-gabe Hoovers in seinem Lande noch mehr geschwunden ist. Er hatte angenommen, er werde für seine „noble Geste“ wachsende Zuneigung für sich und seine Partei ernten, statt dessen ist das blanke Gegenteil eingetreten. Es wird ihm vorgeworfen, er könne wohl Deutschland Erleichterung verschaffen, aber er verweigere die Hilfe einer ruinierten Bevölkerung zuhause; anstatt daß sich die amerikanischen Staatsmänner Tag und Nacht damit abmühten, wie sie „Europa auf die Beine helfen könnten“, sollten sie sich daranmachen, amerikanischen Arbeitern einen Brotplatz und den Farmern einen anständigen Preis für ihre Erzeugnisse zu besorgen. In dieser Dicke gehen die Vorwürfe gegen Hoover noch eine ganze Weile weiter.

Diese Zitate aus den neuesten amerikanischen Zeitungen zwingen zu der Annahme, daß Hoovers Anstrengung für sein Land ebenso wenig bewirkt hat wie für Deutschland. Dieser Sachverhalt ist wohl mitschuldig daran, daß Hoover einen zweiten Vorschlag der (nun beendeten) Londoner Konferenz unterbreitet hat.

Daß der Hooverplan für alle Welt ganz zwecklos gewesen sei, läßt sich indessen nicht behaupten. O nein. Den amerikanischen Bankiers und Besitzern von Wertpapieren hat schon die bloße Ankündigung des Planes einen mächtigen Gewinn gebracht. Das in solchen Dingen sicherlich zuverlässige „Wall Street Journal“ erklärt, daß gleich nach dem Bekanntwerden des Hooverschen Vorschlages die Wertpapiere an den amerikanischen Börsen um nicht weniger als 7600 Millionen Dollar emporschnellten. Damit dürfte die goldige Ernte noch nicht erschöpft sein. Die den europäischen Schuldnern gestundeten Summen, an die 900 Millionen Mark, müssen durch innere Kredite aufgebracht werden. Auch dabei fällt ein hübscher Batzen für die Banken ab. Und wenn gar Deutschland und andere europäische Staaten Anleihen brauchen, wird das den amerikanischen Banken sicherlich ebenfalls vorzüglich zu Buch schlagen. Die amerikanischen Bankiers wissen sehr wohl, warum sie so tatkräftig für die Streichung der Kriegsschulden eintreten. Eigennützige Freigebigkeit!

Geldmangel oder Produktionsmangel?

Wie kam die Geschichte? Die Danatbank mußte in zweieinhalb Monaten 650 Millionen M ausländischer Anleihen zurückzahlen, da wurde ihr das Geld knapp und sie mußte ihre Schalter schließen. Wie war es möglich, daß man ihr in so kurzer Zeit so viel Geld abfordern konnte? Weil ihre Auslandsanleihen kurz befristet waren, so daß sie immer auf Verlangen schnell zurückgegeben werden mußten, während die Bank ihrerseits dieselben Summen langfristig angelegt hatte, also nicht ebenso schnell flüssig machen konnte. So haben sich die Dinge vor unseren Augen abgespielt, und daraus schließt der sogenannte „gesunde Menschenverstand“, daß es sich nur um eine Geldfrage handelt; nur um eine schlechte Verfügung über die vorhandenen Zahlungsmittel.

Dieser sogenannte „gesunde Menschenverstand“, der nur die alleroberflächlichsten Vorgänge sieht, aber wenig von dem, was dahinter steckt — der ist es, der uns regiert. Am 21. Juli hat der amerikanische Staatssekretär Stimson der in London tagenden Konferenz der Staatsmänner einen neuen Vorschlag unterbreitet, womit Hoover „zum zweiten Mal die Welt rettet“. Darin heißt es: „Die gegenwärtige Notlage ist durchaus eine Krisis kurzfristiger Anleihen.“ Es habe eigentlich gar kein Anlaß vorgelegen, die Gelder ängstlich zurückzuziehen, nur eine unbegründete Überängstlichkeit sei schuld daran, und wenn damit aufgehört werde, so besteht kein Grund, daß die gegenwärtige Notlage nicht sofort und endgültig überwunden werden könnte. Dazu sei weiter nichts nötig (neben den Notverordnungen der deutschen Regierung, die Herr Stimson über den Schellendaus lobt), als die „Verlängerung der laufenden Anleihen auf eine angemessene Frist.“

Gibt es etwas einfacheres? Das reine Ei des Kolumbus. Die Pleite ist deshalb gekommen, weil die kurzfristigen

Anleihen zurückverlangt wurden — verlangt sie nicht mehr zurück, dann wird die Pleite aufhören. Das ist, von allem gelehrtuenden Brabatorium befreit, der Inhalt dessen, was der Obersachverständige Stimson der Londoner Konferenz vorgeschlagen hat und was als neue Großtat Hoovers ausposaunt wird.

Und genau ebenso sehen auch all die anderen großartigen „Sachkenner“ des Bürgertums die Dinge an. Wozu ist unser Reichsbankpräsident Luther im Flugzeug über Länder und Meere gerast? Wozu tagt in London die Konferenz der Lenker unserer Geschicke? Um Zahlungsmittel zu beschaffen. Wieder ein höchst einfacher, gar zu einfacher Gedankengang: die Banken, die Sparkassen usw können nicht auszahlen, weil sie kein bares Geld (d. h. keine bedruckten Papierzettel) haben. Daß man dem nicht abhelfen darf durch einfaches Drucken neuer Papierzettel, davon hat man seit der Inflation eine gewisse Ahnung. Also versucht man, anderwärts schon vorhandene Geldzettel zu pumpen. Am liebsten ausländische, die man „Devisen“ nennt, damit der Untertan die Sache nicht so leicht versteht. Auf nichts anderes als hierauf ist die Mühe der Staatslenker gerichtet. Sind wieder Zahlungsmittel da, wird sich alles wieder einrenken. Das bilden sie sich allen Ernstes ein.

Aus dem Inhalt

	Seite
Was aber nun? — Eigennützige Freigebigkeit — Geldmangel oder Produktionsmangel?	235
Grau der Arbeitsmarkt — Der alte Trick	236
Technik im Leben der Frau — Das Leben der Marie Szameitat	237
Nozi-Kommunistische Idylle — Verbandstag der Maschinisten	238
Von der Tätigkeit des RKW — Sozialisierung der Banken	239
Die Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzpolitik	240

Und nicht sie allein. Die ganze bürgerliche Wissenschaft starrt auf diesen einen Punkt. Es gibt im deutschen Bürgertum Richtungen, die sich auf ihre scharfe Gegnerschaft gegen die Regierung etwas zugute tun. Und wie offenbart sich die Gegnerschaft jetzt, im Augenblick der höchsten Not? In einem Geschimpfe auf die „falsche Politik“ der Regierung. Sie habe langfristige Auslandsleihen verhindert und dadurch die Wirtschaft zu kurzfristigen Anleihen gezwungen. (Das ist nebenbei nicht einmal wahr; Privatleute, also gerade z. B. die Danatbank, wurden bei Auslandsanleihen nicht behindert). Sie habe durch Zölle, Preissteigerung, Lohnabbau usw. den Warenabsatz in Deutschland gedrosselt. Sie habe durch Duldung, wo nicht gar Unterstützung der Nazis das Vertrauen der ausländischen Gläubiger untergraben, so daß diese jetzt ihr Geld zurückziehen. An sich ganz richtig. Allein, diese wutschnaubenden Gegner der Regierung, die ja ebenfalls den Kapitalismus erhalten wollen, würden, wenn sie selbst die Regierung übernehmen, genau dasselbe tun. In Wahrheit hat nämlich die Regierung durchaus im Sinne ihrer Aufgabe gehandelt: Rettung der kapitalistischen Wirtschaft. Gerade deswegen sind wir in den Schlamassel hineingeraten. Es handelt sich aber weniger um eine Frage der Zahlungsmittel, sondern vor allem um eine Frage der Produktion. Das wird sich zeigen, sobald der neue Pump aufgenommen ist. Dann wird man sehen, wie schnell die zwei Milliarden oder wie viel es ist, ins Bodenlose versickern und dieselbe Notlage abermals eintritt. Die Zusammenhänge sind von uns oft dargelegt worden, seien aber der Vollständigkeit wegen hier nochmal knapp angedeutet.

Unter dem Kapitalismus ist es der Fortschritt selbst, der die Arbeitslosigkeit erzeugt. Wachsende Produktivität macht Arbeitskräfte überflüssig, und so liegen sie auf der Straße. Je schneller der Fortschritt, desto riesenhafter — unter dem Kapitalismus — die Arbeitslosigkeit. Dadurch werden auch die Löhne der Beschäftigten niedergehalten, es schwindet die Kaufkraft der Massen, der Absatz stockt. Dies wirkt auf den Profit zurück. Er nimmt ab, teils weil die Waren nicht verkauft werden können, teils weil die Arbeitslosen keinen Mehrwert liefern. So ist der Kapitalismus darauf angewiesen, aus der sinkenden Zahl der Beschäftigten immer mehr herauszuholen, d. h. die Ausbeutung immer mehr zu verschärfen. Dazu braucht er einerseits Zölle, Preissteigerung, Lohnabbau, andererseits eine Schutztruppe gegen etwaigen Widerstand der Ausgebeuteten — die Nazis. Das rettet ihn — aber nur für eine gewisse Zeit. Denn die Ausbeutung läßt sich nur bis zu einer gewissen Grenze steigern. Dann kommt der Zusammenbruch. Und dabei ist es ziemlich wurst, ob der mit dem Bankrott einer Bank anfängt oder sonstwie. Es war der erste Donnerschlag des Orkans. Da kommt nicht darauf an, wieder für ein paar Wochen oder Monate Zahlungsmittel zu beschaffen, sondern die Wirtschaft so umzubauen, daß sie den Fortschritt ertragen kann. Das ist eine Frage des Kapitalbesitzes und der Verteilung des Arbeitsertrages, aber nicht eine Pumpfrage. Ibykus.

Gräu der Arbeitsmarkt

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes ist in der ersten Hälfte des Juli zum Stillstand gelangt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gezählten Arbeitslosen war am 15. Juli mit rund 3956 000 fast ebenso hoch wie Ende Juni. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte die Zahl der Arbeitslosen infolge Ableitung der Konjunktur schon um etwa 75 000 zugenommen. Gestützt wurde der Arbeitsmarkt noch in geringem Umfang durch die Landwirtschaft, in der allerdings die übliche Pause zwischen Heu- und Getreideernte und das ungünstige Wetter sich bemerkbar machten, ferner durch Teile der Metallindustrie, des Spinnstoffgewerbes, des Nahrungsmittelgewerbes und durch den sommerlichen Bäder- und Reiseverkehr. Die Schwierigkeiten der letzten Wochen haben noch keine empfindliche Störung des Arbeitsmarktes hervorgerufen. Zu bedenken ist jedoch, daß die Auswirkungen der jüngsten Entwicklung in dem am 15. Juli durchgeführten Zahlungen noch kaum zum Ausdruck kommen konnten.

In der Arbeitslosenversicherung belief sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger Mitte Juli auf rund 1 246 000. Damit ist gegenüber Ende Juni ein Rückgang um rund 166 000 eingetreten. Er hat seinen Grund größtenteils in der Notverordnung, durch die ein Teil der Ehefrauen, Jugendlichen und Rentenempfänger wegen mangelnder Bedürftigkeit aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind. Außerdem wurden infolge der Verkürzung der Unterstützungsdauer berufstätige Arbeitslose in größerer Zahl ausgerechnet. Dadurch mußte die Zahl der Krisenunterstützten ansteigen; sie hat um rund 25 000 auf rund 967 300 zugenommen.

Soweit der Bericht der Reichsanstalt. Die in ihm berührte Auswirkung der Notverordnung verdient erste Beachtung. Wir haben es hier mit einer Art kaltem Abbau der Arbeitslosenversicherung zu tun. Ein Vergleich der Unterstützungsarten zeigt, daß jetzt nur noch weniger als ein Drittel der Unterstützten in der Versicherung, zwei Drittel dagegen bereits außerhalb der Versicherung, d. h. in der Krisenunterstützung oder in der Wohlfahrt oder in gar keiner Unterstützung mehr stehen. Die Unterstützten der Versicherung erhalten aber zum größten Teil nicht mehr die normalen Sätze, sondern nur noch (nach § 105a) eine geringere Unterstützung infolge kürzerer Anwartschaft oder (nach § 107a) die Krisenunterstützungssätze, weil sie als Saisonarbeiter angesehen werden. Die Arbeitslosenversicherung ist mit einem Wort in ihrem Umfang wie in ihrer Wirkung zu einem großen Teil außer Kraft gesetzt worden.

Die Arbeitsmarktzahlen der Reichsanstalt geben nur ein ungenaues Bild, weil man nicht weiß, wie es am 15. Juli mit dem Wohlfahrtsverbandslosen stand. Das Nachhaken der Wohlfahrtsverbandslosen zuzahlung ersichtwert ungeachtet des Einblick in den wirklichen Stand der Dinge. Hier muß so nach wie möglich Abhilfe geschaffen werden. Niemand weiß heute genau, wieviel Arbeitslose wirklich vorhanden sind. Viele Meldungen unterbleiben in den Fällen, wo keinerlei Unterstützung mehr gezahlt wird, oder wo doch keine Aussicht auf Arbeit besteht. Warum soll sich der Arbeitslose noch irgendwo melden, wenn er weder Geld noch Arbeit erhält?

Der Ernst der Arbeitsmarktlage besteht nicht so besonders hervorgehoben zu werden. Seit Mitte Februar, d. h. seit dem Winterhochstand, ist die Zahl der Arbeitslosen nur um rund eine Million, d. h. um ein Fünftel zurückgegangen. Mit einer Verschärfung der Arbeitsmarktlage ist infolge der Wirtschaft- und Finanzkrise für die nächste Zeit selbstverständlich zu rechnen. Der Geldmangel mit Kreditengpässen, desgleichen die Steigerung des Geschäftsvolumens. Neue Sparmaßnahmen der Regierung, die zu erwarten sind, dürften eine neue Drückung der öffentlichen Arbeiten herbeiführen. Graue nicht es um zu Horizont des Arbeitsmarktes.

Der alte Trick

„Ein Moratorium der inneren Gegensätze“

Immer, wenn unsere unvergleichliche Oberschicht den Karren unrettbar in den Sumpf geschoben hat und ihr das Wasser hart an der respektablen Speisetafel steht, verlangt sie, daß alle Volksschichten doch nun einträchtiglich zusammenstehen, ihren Hader vergessen und gemeinsam das liebe Vaterland retten sollen.

So war es beispielsweise im August 1914. Der Kriegsausbruch machte es handgreiflich, daß fast die ganze Welt durch das Schwertgeklirr und den wilden Zungenknall — gegen Deutschland aufgebracht war. Ha, knallten jetzt die Sprechmaschinen unserer Oberschicht: gegen eine solche Übermacht müssen alle Deutschen zusammenstehen, um ihren Herd vor den fremden Horden zu schützen. Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! Der Burgfriede wurde proklamiert. Er erwies sich für die Kriegsnutznieser höchst vorteilhaft. Fette Kriegsgewinne flossen in ihre weiten Taschen. Wer aber ein Haar in dem Burgfrieden fand, der wurde unweigerlich dorthin abgeschoben, wo der Heldentod feil war. Mit den fetten Kriegsgewinnen hatte unsere Oberschicht aber noch lange nicht genug. Man lese nur in den damaligen Denkschriften der Unternehmensverbände nach, was sie noch alles ergattern wollten. Ihre wilde Raublust peitschte die Westmächte zum äußersten Widerstand auf. Der Krieg ging verloren. Nun behaupten die nämlichen Leute, die das Unglück heraufbeschworen oder doch vergrößert hatten, die „Dolchstoßler“ seien daran schuld.

So war es in den Novembertagen von 1918. Die Empörung über die maßlosen Opfer an Gut und Blut veranlaßte die Oberschicht, einen neuen Dreh zu unternehmen. Angesichts des drohenden vollständigen Zusammenbruchs müssen doch alle guten Deutschen zusammenstehen, um zu retten, was noch zu retten ist. Die Arbeitsgemeinschaft wurde den Arbeitern angetragen. Die ihre Herrenrechte so wild verfechtenden Industriellen waren jetzt mit dem Achtstundentag, Betriebsvertretungen und Beiseiteschiebung ihrer Kostkinder, der Gelben, einverstanden. In dem Maße, als sich die Sturmwolken verzogen, steckten die Herren im eigenen Hause ihre Urgeföhle wieder heraus. Ihre Abneigung gegen die Arbeitsgemeinschaft wurde immer offenkundiger. Bald ging sie in die Binsen. Das Unternehmertum brauchte sie nicht mehr. Es wollte nun wieder kein Mitsprechen von „wirtschaftsfremden Elementen“.

So war es im Anfang des Jahres 1923. Die Schlot- und Kohlenbarone hatten den Ruhrkrieg angezettelt. Ha, kreischten ihre Organe, müssen da nicht alle guten Deutschen zusammenstehen, ihren Hader vergessen, um die habgierigen Feinde abzuwehren, die das entwaffnete deutsche Volk vollends vernichten wollen! Die nationale Einheitsfront wurde proklamiert! Sie erwies sich für die Anzettler des Ruhrkrieges äußerst vorteilhaft. Auf Kosten der Steuerzahler ließen sie ihre Schächte und Werke ausbauen und schließlich sich noch mit 715 Millionen Mark ihren Patriotismus vergüten. Aber damit hatten sie noch nicht genug. Den Arbeitern, die die ganze Last des Ruhrkrieges getragen hatten, wurde der Achtstundentag geraubt und ihre Löhne bald auf Kultiefe herabgedrückt. Um das Scheren der Arbeiterschaft möglichst vollständig bewerkstelligen zu können, versuchten die schweren Patrioten sogar, den französischen General in Düsseldorf gegen die deutschen Arbeiter mobil zu machen. Das war selbst dem „erzfeindlichen“ Säbelträger zu arg. Er zeigte den deutschen Ausbeutern die kalte Schulter.

So war es während der Inflation. Sie wurde von den Stinnes' planmäßig gefördert und die deutsche Währung ganz auf den Hund gebracht. Als sie das ganze Volk bis aufs Hemd ausgeplündert hatten, machten die Stinnes einen neuen Anlauf zu einer goldigen Ernte. Stand man nicht vor einer wirtschaftlichen Katastrophe? Ha, müssen da nicht alle guten Deutschen ihren Hader vergessen und ein jeder Opfer bringen? Die Parole von

der Selbstfinanzierung wurde losgelassen. Das bedeutete, daß die Arbeiter, noch ganz ausgegemergelt, noch emsiger schanzten und noch weniger Lohn verlangten sollten. In ein paar Jahren sind auch tatsächlich unermessliche Summen aus den Knochen der Arbeiter herausgepreßt worden.

So ist es zur gegenwärtigen Zeit. Ist die deutsche Wirtschaft jetzt nicht in einer furchtbaren Not? Schreit nicht die deutsche Finanzmisere gen Himmel? Dreistet sich nicht das „rachsüchtige Frankreich“, Garantien zu verlangen, ehe es dem am Abgrund stehenden Deutschland Geldhilfe gewährt? Ha, müssen da nicht alle guten Deutschen zusammenstehen, um das arme deutsche Volk zu retten? Natürlich, natürlich, schwört uns der „Arbeitgeber“ (vom 15. Juli): „Was wir in Deutschland bitter brauchen, ist ein Moratorium der inneren Gegensätze, getragen von der Erkenntnis des Notstandes, der uns alle angeht, und beseelt von jener Disziplin und Geduld, zu der das deutsche Volk wohl fähig ist, wenn die Führer aller seiner Gruppen und Gemeinschaften selbst das Beispiel . . . nationaler Einigkeit geben.“ Ist das nicht nett?

Die Ruhrindustriellen indessen tun noch ein übriges für die nationale Einigkeit. Als Antwort auf den Aufruf der Sozialdemokratie „An das deutsche Volk“ haben sie allen ihren Fabriken eine Verlautbarung anschlagen lassen, worin gesagt wird, daß es garstig von der Sozialdemokratie sei, ausgerechnet „in einem Augenblick, in dem Werksleitung und Arbeiter mehr denn je auf Geduld und Verderb zusammengehören, zu verhetzenden und zerklüftendem Klassenkampf“ aufzurufen. Weiters wird in der Epistel behauptet, nicht das private Unternehmertum habe Rettung durch den Staat, nach der Hilfe des Auslandes und nach Subventionen verlangt, sondern das sei „ein immer wiederkehrender Programmpunkt der Sozialdemokratie“.

Da haben wir's! Nicht das Unternehmertum hat den Staate die 715 Millionen nach dem Ruhrkrieg abgeknöpft, es hat auch nicht die Subventionen für Mansfeld, für das Siegerland, für die Werften, für die Danatbank gewünscht, sondern die — böse Sozialdemokratie. Diese Unsinn ist nicht zu überbieten. Er läßt erkennen, daß es mit dem Verstand der Schwerindustriellen noch schlimmer steht als mit ihrer Wirtschaft. Was gewiß etwas bedeuten will.

In diesem Aufruf der freigebigen Nährväter des Nationalsozialismus heißt es am Schluß: Miteinander und füreinander! Das steht nicht etwa im Kladderadatsch, sondern ist als Aufforderung an die Arbeiter gedacht und in den Werken des Ruhrgebiets angeschlagen.

Und die Moral von dieser Geschichte: Die Herren, die sich „die Wirtschaft“ zu nennen belibien, haben ihre Wirtschaft wieder einmal dermaßen auf den Hund gebracht, daß sie eine neue „nationale Einigkeit“ für unerlässlich halten, um das bankrotte Geschäft wieder flott zu machen. Daher der Ruf nach einem „Moratorium der inneren Gegensätze“ und nach dem „Miteinander und füreinander“. Solche Rufe werden nächstens noch dringlicher kommen, weil die Herren der Wirtschaft bald noch tiefer im Schlamassel sitzen werden, sofern das überhaupt noch möglich ist. Wenn ihnen das Wasser noch höher steigt, was wahrscheinlich ist, werden sie wieder mit der Arbeitsgemeinschaft kommen und zu allerhand Konzessionen bereit sein. Zum Beispiel mit der 40stündigen Arbeitswoche — weil sie bis dahin schon fast allgemein sein dürfte, sogar einen Lohnausgleich werden sie in Erwägung ziehen, unter der Voraussetzung natürlich, daß er durch Subventionen oder ähnlichem ausgeglichen wird. Kurz, unsere genialen Wirtschaftsführer werden ihre Kunststückchen aber aufs neue üben, nur um ihre Herrschaft und ihre fetten Annehmlichkeiten über die Zeit der Gefahr hinwegzuretten. Viel leicht meinen sie gar, der alte Trick gelänge abermals. Uns dünkt, sie täuschen sich entschieden. Denn man kann nicht alle Welt allezeit betrügen.

Lahusens Christentum

Der Kommerzienrat Lahusen, der Stammvater der Dynastie, war mit seinen Textilarbeitern in Delmenhorst nicht zufrieden. Sie waren ihm nicht ergeben genug, nicht fromm genug und vor allem verlangten sie zuviel Lohn. Er beschloß, sich ergere und billigere Arbeiter zuzulegen und schickte deshalb einen Pastor namens Boche nach Ungarn, auf daß er getreue Unterthanen für das christliche industrielle Königreich der Familie Lahusen anwerbe. Der Herr Pastor fand sehr rasch zahlreiche ungarische Familien, die bereit waren, nach Delmenhorst zu ziehen. Er gewann sie auf eine echt Lahusensche Art, indem er den Ungaren als angeblich bezahlte Arbeiterlöhne die Beträge angab, die den Meistern gezahlt wurden. Als die ungarischen Familien in Delmenhorst erkannten, wie sie betrogen worden waren, rebellierten sie und wollten sich an dem Lahusenschen Pastor rächen. Der aber war — verschwunden. Es ist ihm nichts geschehen, er ist vielmehr heute in Bremen Pastor an einer ganz neuen Kirche, zu deren Ban die Familie Lahusen durch reiche Spenden beigetragen hat.

Die fruchtbringende Frömmigkeit hat sich bei den Lahusens von Geschlecht zu Geschlecht weiter vererbt — der Geist des Betruges aber auch!

Die Verteuerung durch Zölle

Die deutsche Bevölkerung, die von Industrie und Handel lebt, muß große Opfer für die Landwirtschaft bringen. Länder, die einen ähnlich hohen Schutzzoll nicht haben, weisen einen bedeutend niedrigeren Lebenshaltungssindex auf. In welcher Weise sich die Verteuerung von Lebensmitteln durch Zölle und Verbrauchsabgaben auswirkt, dürfte nachstehende Zusammenstellung beweisen, die einer Erhebung der Zeitschrift „Schweizer Konsum-Verein“ entstammt. Danach betragen die Preise für ein Kilogramm

	in Basel	in Lörach
Brot	0,29	0,44
Amalgamschil	0,32	0,60
Gruppen	0,32	0,56
Haferslocken	0,38	0,60
Kristallzucker	0,27	0,76
Roskaffee	2,56	5,40

Bei dieser Berechnung sind Schweizer Franken in Mark umgerechnet. Durchschnittlich kostet 1 kg der angeführten Lebens-

mittel in Deutschland das Doppelte dessen, was in der Schweiz dafür bezahlt werden muß. Zucker ist in Lörach sogar fast dreimal so teuer als in dem benachbarten Basel. Kaffee steht im Preise bei uns um das Doppelte höher als in der Schweiz. Für die übernatürliche Belastung der deutschen Bevölkerung zugunsten der Landwirtschaft dürften obige Zahlen einen eindrucksvollen Beweis liefern.

Ein Garantieverband der Banken

Unter der Führung der Deutschen Golddiskontbank haben sich die 43 größeren Banken Deutschlands als Überweisungsverband e. V. zusammengeschlossen. Der Zweck dieser Gründung soll darin bestehen, den Überweisungsverkehr aus Gut haben der von der Überweisungs- und Auszahlungssperre betroffenen Konten bei den ihm angeschlossenen Instituten auf eine breitere Basis zu stellen. Dieser Garantieverband der Banken soll eine Art Ersatzgeldmarkt der Privatbanken werden. Es können noch weitere Beiträge von Banken und Kreditinstituten erfolgen. Ein Garantiefonds in Höhe von 5 Millionen soll den Grundstock für die Geschäfte liefern. Dieser Garantiefonds wird von allen Mitgliedern nach gewissen Anteilen aufgebracht.

Die Arbeitsweise des Garantieverbandes dürfte folgendermaßen vor sich gehen: Täglich kommen seine Mitglieder zusammen und rechnen aus den einzelnen Überweisungsaufträgen und Verrechnungsschecks ihrer Kundschaft die Forderungen und Verpflichtungen gegenseitig auf, um sie auszugleichen. Wenn eine Firma den Verrechnungssaldo zu ihren Lasten ganz oder teilweise nicht zu begleichen wünscht, so werden ihr die Beträge von den empfangsberechtigten Instituten unter der Bürgschaft des Garantieverbandes kreditiert. Der Zinssatz soll 13 vH betragen, während bei der Reichsbank der Zinssatz 15 vH beträgt.

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben an Unorganisierte und Gleichgültige.

Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!



Familie und Heim



Die Technik im Leben der Frau

P. B. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl das individuelle, wie das soziale Leben durch die Technik in hohem Maße beeinflußt wird. Kein Kulturmensch kann sich heute dem Einfluß unserer technischen Einrichtungen entziehen. In der Werkstatt, im Büro, auf dem Telegraphenamte, im Spital, in der Küche, im Heim oder auch auf der Reise und im öffentlichen Leben — überall kommen wir mit der Technik oder ihrem Wirkungskreis in engere oder losere Berührung. Unser inneres und äußeres Leben wird durch die Technik mehr beeinflußt, als viele von uns glauben. Die technischen und chemischen Berufe sind diejenigen, die am meisten Umwälzungen hervorrufen. Sie geben dem Leben neue Grundlagen; sie zerstören alte Erwerbsquellen und schaffen wieder neue. Die Technik ändert die geistige Einstellung der Menschen zu den Dingen. Die Technik hat nicht nur die Wohnstätten der Völker, ihre Werkstätten und Fabriken, ihre Werkzeuge und Kulturgüter, ihre Sitten und Gebräuche verändert, sondern sie hat auch der Natur ein anderes Gesicht gegeben. Sie beeinflußt infolge ihrer unwalzenden Macht die Politik, die Kunst, die Dichtung — mit einem Wort, unser ganzes geistiges Leben. Bevor geistige Brücken von Volk zu Volk geschlagen werden können, müssen die Grundlagen dazu da sein. Diese Grundlagen hat die Technik geschaffen durch Verkehrs- und Nachrichtenmittel. Alle geistige Übermittlung braucht technische Hilfsmittel. So bedienen wir uns der Zeitung, des Buches und der Rundfunkübertragung.

Die Technik hat das ganze Leben revolutioniert. Sie hat natürlich das Frauenleben nicht unberührt gelassen. So gut wie der Mann, wurde auch die Frau in den Bannkreis der Technik hineingezogen. Die Entwicklung hat vor allem auch den Haushalt beeinflußt. Das Spinnrad ist aus der Stube verschwunden. Neue Hilfsmittel besorgen in weit besserer Weise ihre Arbeit. Dafür hat die Nähmaschine ihren Einzug gehalten. Die Küchenausstattung hat sich gegen früher verändert. In den Städten und Industriorten wird kaum noch ein Holzherd in der Küche verwendet. Der elektrische und der Gasherd haben sich das Feld erobert. Der Kienspan wurde durch die Petroleumlampe, diese wiederum durch Gas und elektrisches Licht abgelöst. Vorrichtungen aller Art ergänzen die Küche der Hausfrau. Auch das Kochen ist anders geworden. Die Konservenindustrie hat dafür gesorgt, daß gewisse Nahrungsmittel, die sonst nur in der Saison erhältlich waren, das ganze Jahr gekocht werden können. In der gemüselosen Zeit erhält die Hausfrau das Gemüse aus dem Süden, dank vorzüglicher Verkehrseinrichtungen. Neue Kochvorrichtungen gestalten den Gasverbrauch beim Kochen rationeller. Der Staubsauger befreit die Frau und die Nachbarschaft von dem lästigen Teppichklopfen. Wenn ein solcher Apparat heute noch verhältnismäßig teuer ist, so ist es doch möglich, durch genossenschaftlichen Großbezug (Wohn-genossenschaften und Konsumgenossenschaften) den Preis ganz erheblich zu senken, wie dies übrigens auch bei anderen Gegenständen der Fall ist und noch viel mehr angewandt werden sollte.

Natürlich bleibt die Entwicklung nicht stehen. Von der motorisierten Waschküche bis zur genossenschaftlichen Großwäscherei und zur genossenschaftlichen Küche ist noch Entwicklungsmöglichkeit genug.

Es kann also nicht bestritten werden, daß die Technik den Haushalt ganz gewaltig beeinflußt hat und weiter beeinflußt, und zwar ist dies in gutem Sinn geschehen. Sobald die Frau aber als Fabrikarbeiterin mit der Technik in Berührung kommt, bekommt sie auch ihre Nachteile zu spüren. Hier ist sie nicht mehr die eigene Sachwalterin. Hier befindet sich der Produktionsapparat in den Händen von Kapitalisten. Hier ist sie die Sklavin der Maschine, ist Ausbeutungsobjekt genau wie der Mann. Die Maschine wurde hier nicht hingestellt, um der Frau das Leben zu erleichtern, sondern in erster Linie um Geld zu verdienen, um mehr zu produzieren. Ob sie nun an der Schreibmaschine arbeitet, am mechanischen Webstuhl, in der Presserei, am Automaten und an der Stanzmaschine — überall ist sie die Proletarierin, ausgebeutet wie der Mann. Fragen der Entlohnung, der Arbeitszeit, des Arbeiterschutzes werden hier für sie ebenso brennend wie für den Mann und stellen sie als Kampfgährtin an die Seite des Mannes. Will auch sie, daß sie nicht von der Technik unterdrückt und zermalmt wird, so muß sie mit dem Manne auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet kämpfen für die Rechte der gesamten Arbeiterschaft, muß auf das Ziel hinarbeiten, die technischen Errungenschaften aus den Händen der Kapitalisten zu reißen und sie der Allgemeinheit zu übergeben.

Dazu braucht es starke Organisationen. Darum Frauen und Mädchen, organisiert euch!

Wer lügt am besten

Amerikaner (am Niagarafall zu einem Fremden): „Vor Jahren habe ich einmal einen Mann gesehen, der war so stark, daß er die Niagarafälle in die Höhe geschwommen ist.“
Schotte: „Das bin ich gewesen!“

Der Schotte kauft ein Kleinauto

Der Schotte geht in ein Autogeschäft: „Ich möchte ein Kleinauto kaufen.“

Der Autohändler zeigt ihm einen hübschen Kleinwagen. Das Kleinauto gefällt dem Schotten, aber er erkundigt sich vorsichtshalber: „Braucht das Auto nicht viel Benzin?“

„Ach wo,“ lobt der Autohändler seinen Wagen, „das ist eben der Witz, daß dieser neueste Typ nicht viel Stoff verzehrt, nur einen Löffel Benzin!“

„Erlöffel oder Kaffeelöffel?“ fragt der Schotte.

Schutz gegen Bazillen

„Wie schützen Sie sich gegen Bazillen?“

„Erst koche ich mein Wasser ...“

„Und dann ...?“

„Dann ... dann filtriere ich es.“

„Ja ... und ...?“

„Und dann trinke ich ... Bier.“

Getäuschte Hoffnung

Müller traf den Geschäftsreisenden Meier am Bahnhof. „Was ist los, Herr Meier, Sie sehen so verdrießlich aus?“, fragte Müller.

„Mein Koffer ist vorige Woche bei der Bahn verloren gegangen, und ich habe den Wert mit 300 Franken angegeben.“

„Und ... wollte die Bahn nicht bezahlen?“, fragte Müller dazwischen.

„Nein, das nicht ... aber ... sie haben meinen Koffer gefunden!“

ander zusammengekommen. Das ergibt belanglosen Gesprächsstoff. Doch sitzt man dabei geduckt wie in Lauer, Fritz wie in Abwehr, sich gegenüber. Bis er plötzlich neugierig gestrafft das Gespräch zerreißt und die harte Frage aufwirft, warum sie hier sind, und Gerd kurz entschlossen und ohne Schonung ihm erklärt.

Fritz ist im ersten Augenblick von der Mitteilung über-rumpelt. Er hat alles erwartet, nur das nicht. Der eben noch so beherrscht Handelnde ist für Minuten unbeherrschtem, ziellosem Denken ausgeliefert, den Menschen, die ihm gegenüber-sitzen, ohne Maske und offen.

Die Situation ist peinlich. Noch mehr: schwierig. Fritz preßt krampfhaft die Augenlider zusammen; sie öffnen sich jetzt zu kleiner Spalten, zwischen denen für Sekunden zwei weiß eingerahmte dunkle Striche sichtbar werden. Plötzlich hebt sich der Kopf; das Gesicht lockert sich, wird frei zu einem höflichen Lächeln:

„Und —?“

Gerd sieht ihn an, tritt auf ihn zu. Noch schweigend. Jetzt legt er beide Hände auf die Schultern des wieder mißtrauisch Blickenden, der — unter der Berührung aufzuckend — sich zurückbiegt, und fragt kurz: „Müssen wir Ihnen das sagen? Sie wissen nicht selber die Antwort?“

Fritz sieht fort, trotz und schweigt. Jetzt mischt sich Trude ein. Sie ist geschwätziger, Anklage und Empörung: Ob er nicht wisse, wie sehr Marie unter ihm gelitten habe? Damals! Nun sei es dasselbe. Und ob er denn nicht begreife, wie sehr Marie ihn liebe? So sehr, daß sie es ihm nicht habe sagen wollen; daß sie zu ihnen erst habe kommen müssen, um Hilfe und Rat zu finden.

Zitternd steht Trude vor ihm. Er sitzt geduckt, wie in Flucht vor ihr, in maßloser Scham. Schweigend.

Jetzt wieder die Stimme Gerds, kurz und hart: „Wenn Sie ein Gefühl von Ehre besitzen, dann wissen Sie, was Sie zu tun haben. Entweder sagen Sie, daß Ihnen Marie nichts wert ist, gut, dann, oder, wenn Sie Marie gern haben, so gern, wie Marie Sie gern hat, dann —“

Fritz springt auf, seine geöffnete Hand beschwichtigt. Sein immer noch verlegen und erregt zuckendes Gesicht biegt sich seitlich. Plötzlich zwingt er Lächeln hinein. Seine Augen blicken hoch, den beiden ins Gesicht; noch trotzig, doch schon ehrlich und überzeugend lacht er die beiden an.

„Aber was ist denn? Das ist doch alles so furchtbar einfach! Warum hat denn Marie mir das nicht gesagt? Das ist doch einfach dumm von ihr, nicht wahr? Das ist doch ganz selbstverständlich: Ich werde Marie heiraten!“

Trude prüft ihn noch ungläubig. Auch Gerd ist noch mißtrauisch, ihm fiel die Entscheidung zu schnell. Fritz sieht kopfschüttelnd die beiden an.

„Ja, warum glauben Sie mir denn nicht? Hat Marie mich denn so schlecht gemacht?“

Hastig fällt ihm Trude ins Wort. „Wie kann Marie Sie schlecht machen! Marie hat Sie doch gern, wissen Sie denn das nicht?“

Jetzt streckt Gerd, völlig überzeugt, ihm die Hand entgegen. „Sie sind doch der, für den ich Sie gehalten habe! Nichts für ungut, einer mußte es Ihnen ja sagen. Und wir haben's gut gemeint. Mit ihnen beiden.“ Fritz, der die Hand vor sich sieht, zögert noch, stößt dann seine Hand vor in die Hand Gerds: „Selbstverständlich. Sie hatten ja recht. Und das war gut, daß Sie gekommen sind. Natürlich war es gut so!“

Trude und Gerd sind beruhigt. Fritz holt eilig Stühle heran und fordert die beiden auf, sich zu setzen. Kaum aber sitzt Trude, als sie schon wieder aufspringt.

„Jetzt sitzen wir hier und sagen Gott sei Dank zu allem und denken gar nicht daran, daß Marie vielleicht zu Hause hockt und heult. Ich muß zu Marie. Ich muß sie holen, das ist doch selbstverständlich!“

Ein Schatten huscht über das Gesicht von Fritz. Doch schon stimmt er zu: „Richtig! Ich werde mitgehen!“

Trude wehrt ab. „Ihr beiden bleibt hier und wartet, bis wir da sind. Ich muß zuerst mit ihr sprechen. Eine Frau macht das besser als ein Mann. Ihr versteht das nicht. Aber ich weiß das besser.“

So bleiben die beiden allein. Fritz holt Zigarren; auch eine Flasche Wein ist da. Ein Streichholz flammt auf. Rauch wirbelt hoch. Wein fließt in zwei Gläser. Zwei Männer trinken sich zu und lachen sich an, freundschaftlich und froh, als wäre nichts in der Welt geschehen.

Trude ist bei Marie, die nun doch ungläubig dasteht und — die Hände auf der Brust, die Augen weit aufgerissen, den Mund halb offen unter hochgekräuselten Lippen — Trudes Botschaft hört.

Ein Gedanke wirbelt durch Maries Hirn, wirbelt wild wie ein gefangenes Eichhörnchen im Drehkäfig. Nicht mehr so lautet der Gedanke: „Die Lösung!“, er jubelt so: „Erfüllung!“ Jetzt wird der Gedanke frei, wie Freudenschrei Trude offenbart. Die nickt nur schweigend und küßt Marie, stark und innig. Marie ist so glücklich, daß sie vergißt, dankbar zu sein.

Trude muß Maries Freudenschrei eindämmen, ihren Gedankenstrom umleiten. Trude besteht darauf, daß Marie noch heute kündigen muß. Marie soll sich inzwischen zum Ausgehen fertig machen. Sie selbst will mit der Frau sprechen, ihr allein alles begreiflich machen und für Marie um Urlaub bitten.

Das sind nur Minuten, die vergehen. Aber für Marie sind es Stunden, gedankenschwere, inhaltdrückende Stunden. Endlich draußen auf dem langen Korridor Schritte. Stimmen, Lachen, nun das geschäftig silberne Zwitschern der alten Frau vor der Tür, die sich öffnet. Marie sieht fort.

Sie will in Scham — Marie selbst empfindet sie lächerlich, aber sie ist da — ihr Gesicht verbergen. Sie weiß nicht, wohin. Spähend, gelockt von einem Ruf, in dem nichts von Vorwurf ist, hebt sie den Blick. Er begegnet alles sagendem, gütig umfassendem, mütterlich sich schenkendem Lächeln unter weißen Haaren.

Nun lächelt auch Marie, halb ungläubig noch, halb vertrauend schon dem Lächeln zufliehend, das Freispruch und Segen in einem ist. Zartdünn, alabasterfarbige, durchschimmernde Finger fassen Maries Kinn, heben ihren Kopf. Aus feinem, rosig überhauchtem Gesicht spielen unzählige Fältchen frohe Überraschung in Maries staunende Augen.

Und nun hört Marie dieses wunderbare Gesicht sprechen, hört staunend und immer wieder von Zweifeln überfallen zu: Marie dürfe sich keine Sorgen machen. Das alles sei doch gar nicht schlimm. Die Kinder kämen immer von selbst, das sei nun mal so, nur nicht immer die Väter dazu. Und wo der Vater doch da sei, könne Marie froh sein, ja, ganz froh sein und glücklich. Und wenn Marie das nicht sei, so könne das doch dem Kindchen schaden.

Marie nickt froh und schnell. Und hört weiter:

Sie könne ganz unbesorgt sein. Ihr Mann und sie seien ja alte Leute und hätten es ja dazu, und so würde es ihnen nur Spaß machen, ihr zu helfen. Das habe sie schon mit Trude abgemacht: Sie übernehme die Aussteuer, die Wäsche und auch — „Wofür haben wir denn das viele, schöne Geld auf der Bank liegen, wenn wir doch niemanden haben, der es nachher abholt!“ — eine kleine Küche, „so eine schöne Weißlackküche, Marie, mit so schönen grünen Scheiben, weißt du?“, ein Schlafzimmerchen und auch noch einige Möbelstücke für das Wohnzimmer. „Damit kannst du gut auskommen, Marie. Und da brauchst du dir vorerst gar keine Sorgen zu machen. Und daß du nachher weiterkommst und deinem Mann hilfst und auch beide hochrackerst, da bin ich ganz unbesorgt. Das wirst du schon, Marie, dafür kenne ich dich gut genug und dafür lege ich die Hand ins Feuer.“

Marie ist es, als ob sie träume. Ist das eben alles wirklich gesprochen worden? Ist das alles Ernst? Sie kann es kaum fassen. Sie wankt auf die alte Frau zu, greift ihre Hände und küßt sie heiß und innig, bis die Überraschte endlich sie ihr entziehen kann.

Jetzt drängt, von Maries Dankausbruch verwirrt, die Frau, zu gehen. Auch Trude, die den Wunsch versteht, drängt Marie setzt schnell den Hut auf, zieht den Mantel an und verabschiedet sich.

Noch eine schwere Sekunde ist der Augenblick im Korridor vor der Tür, hinter der Fritz wohnt. Jetzt wieder ängstlich zögernd, als erwarte sie den gefürchteten Zuruf, alles sei ja erlogen und nicht wahr, steht Marie vor dieser Tür, die plötzlich aufgerissen wird.

Auf der Schwelle steht Fritz. Marie ist wie gelähmt, sieht ihn hilflos an, als wolle sie ihn um Verzeihung für ihr Eindringen bitten. Aus ihren Augen pressen sich wieder Tropfen, die unbekümmert über die Backen rinnen.

Fritz sieht das. Für eine Sekunde vielleicht wendet er sich zur Seite; dann schüttelt er den Kopf, der überrot aufflammt. Marie versteht sein Kopfschütteln, es ist Vorwurf und Bitte. So lächelt sie ihm zu, und ihr Lächeln ist Frage und Bitte.

Und jetzt kommt Leben in ihn. Ein Schritt auf Marie zu, er ist bei ihr, legt seine Arme um ihren Nacken und — befriedigt von dem eigenen Gerührtein und stolz über die Tat — küßt sie und sagt, daß nun alles gut wird, und daß er sie gern hat und sie heiraten werde.

Marie hört das. Sie braucht Minuten, um zu erfassen: Es ist doch wahr! Sie steht noch immer auf der Schwelle, kraftlos und gelähmt. Bis jetzt ein Schrei aus ihr bricht und die Tränen unaufhaltsam rinnen. Nun glaubt sie. Schwer hängt sie an seinem Hals, küßt seinen Mund, seine Augen, sein Kinn, seine Stirn, sein Haar und lacht und stammelt ihre, vom Glück verwirrte Worte.

(Wird fortgesetzt.)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin 1931

XVII.

Marie ist zu Ende. Tonlos gesteht sie nochmals und deutlich, daß es nun wieder soweit ist. Und daß sie deshalb gekommen ist.

„Du mußt mir helfen, Trude. Ich habe doch sonst keinen Menschen. Du kannst mir vielleicht raten. Einen Weg finden. Es muß doch etwas gefunden werden. Und ihm kann ich es doch nicht sagen. Will ich es nicht sagen. Jetzt noch nicht. Weißt du, Trude, ich — ich liebe ihn doch und ich kann nicht fort von ihm. Ich habe ihn und her gedacht, aber jetzt kann ich nicht mehr ohne ihn sein. Ich bin ja auch nur Mensch, Trude. Und —“

Sie ist still. Lange bleibt es still in der Stube. Es ist ein gültiges Schweigen. Nur die Wanduhr tickt, begleitet das laute, hastige Atemziehen der beiden Frauen. Eine glaubt der anderen Herz schlagen zu hören. So still ist es. Und so lauscht eine der anderen.

Endlich steht Trude auf, steht vor Marie. „Wenn das so ist, wie du sagst, und wenn du ihn so gern hast, Marie, dann gibt es nur das — er muß dich heiraten.“

Marie blickt auf. Das ist die Lösung. Ja! Marie blickt dankbar Trude an. Marie wußte schon immer, daß es die Lösung ist. Aber Marie hatte Angst, es sich selbst zu sagen. Es mußte einer kommen und es ihr sagen. Wie jetzt Trude. Und jetzt weiß Marie, daß es der Weg ist, den sie nun gehen muß, der einzige Weg, der zum Ziel führt.

Sie wird nicht zusammenbrechen, jetzt wird sie kämpfen. Für sich, für Fritz, für das Kind, für ihre Dreifaltigkeit kämpfen. Marie lächelt. Sie glaubt an die Zukunft.

Als Marie spät abends nach Hause geht, ist ihr Gang ruhig und sicher. Sie schreitet kräftig aus und gerade aufgerichtet. Sie ist mutig und willensfroh.

Trude und Gerd entschließen sich zu einem ernsten Mittel, um Marie wirksam zu helfen. Sie führen ihre Absicht durch, ohne daß Marie davon weiß.

Durch Marie haben sie erfahren, wann Fritz dienstfrei hat und wahrscheinlich zu Hause sein wird.

An diesem Abend gehen sie mit dem festen Willen, eine Entscheidung herbeizuführen, zu Fritz. Er ist verwundert, sie beide zu sehen. Mißtrauisch öffnet er ihnen. Schon ahnt er, daß sicherlich irgendeine Unannehmlichkeit sie zu ihm führt.

Verlegen begrüßt man sich. Man hat sich lange nicht mehr gesehen. Nur selten war man seit jenem Herbsttage mitein-



Verbandsleben



Nazi-Kommunistische Idylle

Aus Thüringen wird uns geschrieben:
 Zu Weihnachten des Jahres 1928 standen die Metallarbeiter der Maxhütte in Unterwellenborn bei Saalfeld in einem schweren Abwehrkampf. Volle zehn Wochen dauerte er. Selbst die Zusendung der Entlassungspapiere am Weihnachtserntabend konnte die Streikenden nicht veranlassen, den Kampf abzubrechen. Was den Deutschen Metallarbeiter-Verband schließlich veranlaßte, den Kampf mit einstimmiger Zustimmung der Streikenden abbrechen, das war die Zureise von Streikbrechern. Der Direktion war es gelungen, aus Sachsen Nazis, Stahlhelmer, Gelbe usw. in Eisenbahnwaggons bis auf den Hof des Werkes zu transportieren. Hier kampierten die Streikbrecher auch, so daß sie der Beeinflussung durch die Streikenden entzogen waren. Eine gemeinere Handlungsweise als den Streikbruch gibt es nicht, noch dazu wenn man bedenkt, daß den Arbeitern von der Direktion zugemutet wurde, sich einen Abzug von 12 Pf. die Stunde gefallen zu lassen.
 Nachdem der Streik beendet war, wurde ein Betriebsrat gewählt, der sich aus Stahlhelmern, Nazis, Wehrwölfen und vaterländischen Arbeitervereinigern zusammensetzte. An einen derartigen Betriebsrat sandte die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ in Erfurt eine Einladung, sie möchten sich doch an dem roten Sporttreffen zu Pfingsten in Erfurt beteiligen. Zum Beweis hierfür lassen wir die Antwort an die RGO folgen.

An das Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition
 Erfurt.

Von Eurer Absicht, in den Pfingsttagen ein rotes Sporttreffen in Erfurt zu veranstalten, haben wir durch die Zeitungen erfahren, allerdings nicht mit einer besonderen Einladung gerechnet. Wir werden auch Eurer freundlichen Einladung keine Folge leisten können, da wir durch eine anderweitige Veranstaltung verhindert sind. Wir beabsichtigen nämlich, an den Pfingsttagen gemeinsam mit den übrigen vaterländischen Verbänden — Stahlhelmer und Nationalsozialisten, Wehrwolf und Vaterländische Arbeitervereine — eine große Kundgebung zu besuchen usw.

Der Betriebsrat der Maximilianshütte, Unterwellenborn, gez. Torres, Betriebsratsvorsitzender.

Aus diesem Schreiben geht einerseits hervor, daß die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ Anschluss an die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft sucht, und andererseits, daß eine innige Bettagensgemeinschaft zwischen Stahlhelmer, Nazis, Wehrwolf und den Vaterländischen Arbeitervereinen besteht. Dies ist für uns allerdings nicht neu.

Die innige Gemeinschaft der Kostkinder des Unternehmertums hindert sie freilich nicht, sich zuweilen ihre Eigenschaften vorzutragen. Da sie sich einigermassen kennen, ist solch ein Vortrag aufschlußreich. Beim predfischen Volksbegehren gingen die Nazis noch Hand in Hand mit den Deutschnationalen, der schwerindustriellen „jüdischen“ Volkspartei und deren Kostkindern. Jetzt nun, einige Wochen später, geben die Herrschaften vom Hakenkreuz ihre Kenntnis von der Naturgeschichte der Gelben kund und zu wissen: Sie nennen die Gelben die „widerlichsten Arbeitervertreter“. Das ist die Meinung des „Betriebszellenwarts“ der Saalfelder Nazis, die in einem Flugblatt steht, das unter den Arbeitslosen verteilt wurde. Und weiter sagen die Werber des „Dritten Reichs“ über die Leitung der Maxhütte und ihre gelben Rausreißer:

„Die Werkvereiner kamen vor zirka zwei Jahren als organisierte Streikbrecher nach Unterwellenborn. Hier haben sie täglich und stündlich die Interessen der Arbeiterschaft schamlos verraten. Der Werkverein wird von der Direktion der Maxhütte in jeder Hinsicht gestützt und gefördert. Einer Abordnung des Werkvereins der Maxhütte wurde es durch finanzielle Unterstützung in Form von „Trinkgeldern“ (50 Mark, von wegen dem kleinen Paketchen unterm Arm) der Direktion möglich gemacht, an einer Fabrikweilwe des Werkvereins der Maxhütte in Zwickau teilzunehmen.“

Nach dieser glänzenden Charakteristik, der bloß die durch die Selbsterkenntnis bewirkte Erweiterung fehlt, knüpft sich der Flugblattschreiber Herrn Popp persönlich vor:

„Eine Type für sich ist der Personalchef Popp. Bei Arbeiterereignissen und -entlassungen setzt er sich mit seinen Werkvereinschmarotzern in Verbindung, welche ihm geeignete Leute in Vorschlag bringen. Die Werkvereiner, oder richtiger gesagt, „Arbeitervertreter“, legen den Weg vom Betrieb zum Personalchef im Sturmschritt zurück, wenn es gilt, einen eifrigen deutschen Arbeiter zu denazifizieren. Die schändlichen Hungerlöhne, welche auf der Maxhütte gezahlt werden, sind ein besonderes Verdienst des Werkvereins.“

Gegen diese Charakterisierung der Gelben durch die Hakenkreuzer ist schon deswegen nichts einzuwenden, weil sie aus gründlicher Kenntnis quillt. Wenn wir die beiden Arten von Pp. sehen, fällt uns immer gleich die Geschichte vom Rabbi und Mönch ein. Sie sind einer Wesensart. Daran wird auch nichts geändert, wenn sich die eine oder die andere Art dieser hebräischen Zeitgenossen aus Brotzud oder anderen Gründen einmal den Schein der Arbeiterfreundlichkeit gibt. Sie sind beide die Todfeinde der Arbeiterschaft. Wenn es gegen diese geht, sind sie einig.

Bei dieser hochstichgelben Bruderschaft wollte die kommunistische Gewerkschaftsopposition Pate stehen. Der Freundendienst konnte nur deshalb nicht verrichtet werden, weil die Gelben mit ihren nächsten Artgenossen ein großes Fest begeben wollten ...

Verbandstag der Maschinisten

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hielt seinen Verbandstag in Dresden ab, besucht von 66 Delegierten, von denen 48 beruflich tätig sind. Der gedruckte Vorstandsbericht umfaßt die Jahre 1927 bis 1930. Der mündliche Vorstandsbericht berücksichtigte aber auch das Jahr 1931 insbesondere, soweit die organisatorischen und finanziellen Fragen sowie die Arbeitslosigkeit in Frage kamen. Die letztere trifft diesen Verband weniger hart als die übrigen Verbände des ADGR. Während alle Gewerkschaften zusammen durchschnittlich 34 vH. Vorarbeiten und 18,6 vH. Kaszarbeiter Ende März 1931 verzeichneten, waren im Verband der Maschinisten und Heizer 18,6 vH. und 16,8 vH. Die Mitgliederzahl betrug Ende März d. J. 51.000, die Zusammensetzung ist in 711 Zellen, für welche 28 Wirtschaftszweige gebildet worden sind. Der im Reichsdurchschnitt höchste Lohnstand wurde am 1. Oktober 1930 erreicht. Seitdem hat auch bei den Maschinisten und Heizern der Angriff der Unternehmer eingesetzt. Die Tarife wurden gekündigt und der Lohn im Reichsdurchschnitt etwa um 5 Pf. die Stunde gekürzt. Der Verband ist mit 521 Tarifverträgen

betelligt und ist Mitkontrahent des DMV an 143 Tarifen. Von den Tarifverträgen werden 56.588 der Mitglieder des Verbandes umfaßt. Der Vermögensbestand ist gut.

Wie zu erwarten war, hat die Frage einer Vereinigung mit dem DMV sowohl im Bericht des Vorsitzenden Klebe wie bei den Debatterednern eine erhebliche Rolle gespielt. Klebe hat dabei erklärt, daß die Verständigung mit dem DMV nicht erfolgt sei, weil dieser die Gleichberechtigung nur nach der Mitgliederzahl anerkennen wolle, was bedeute, daß kein Ortsangestellter des Maschinisten- und Heizer-Verbandes in ein Büro des DMV bei einer Vereinigung kommen würde. Der Vertreter des DMV war bei diesen Ausführungen Klebes auf dem Verbandstag noch nicht eingetroffen. Hätte er Kenntnis davon gehabt, so wären sie schon auf dem Verbandstag richtiggestellt worden an Hand des Entwurfs einer Vereinigung, den der DMV den Vorständen des Maschinisten- und Heizer-Verbandes und des Kupferschmiede-Verbandes unterbreitet hatte. In diesem Entwurf war die völlig eindeutige Bestimmung enthalten, daß sämtliche Angestellte des Maschinisten- und Heizer-Verbandes und des Kupferschmiede-Verbandes in der vereinigten Organisation in gleicher oder ähnlicher Stellung beschäftigt werden sollten. Der Vorstand des Kupferschmiede-Verbandes hatte dem Entwurf vorbehaltlos seine Zustimmung gegeben. Es ist unverständlich, wie Klebe zu seinen Behauptungen auf dem Verbandstag kommen konnte. Wie stark der Wille zur Vereinigung bei den Delegierten war, zeigte die Debatte, in der mit wenigen Ausnahmen alle zur Verschmelzungsfrage sprachen und ihren Vorstand ersuchten, die Brücke nicht abzubauen, die zu einer Vereinigung führt. Auch Klebe versprach dies in seinem Schlußwort.

Der Verbandstag nahm eine Entschliebung an, die sich gegen die Beschränkung des Koalitionsrechtes durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 10. November 1920 wendet und gegen die Verwendung öffentlicher Mittel für die noch immer bestehende technische Nothilfe. Eine andere Entschliebung fordert für die Arbeiter und Angestellten der stromerzeugenden Industrie die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche. Der Verbandstag beschloß ein neues Statut, in dem alle Organisations- und Unterstützungsfragen einheitlich geregelt werden. Diese Fragen waren bisher in zwei Satzungen getrennt behandelt worden. Die seitherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Der Verbandstag der Fabrikarbeiter

Am 5. Juli wurde in München der Verbandstag der Fabrikarbeiter eröffnet. Der Geschäftsbericht wurde vom Vorsitzenden Brey gegeben. Er wies auf die Nöte der Zeit hin und auf die Verzweiflungsaktionen, die stattgefunden haben. Diese bringen der Arbeiterschaft keine Hilfe. Daß die Arbeit des Verbandsvorstandes anerkannt wurde, ergebe sich aus dem geringen Mitgliederverlust. Für den Keramischen Bund sprach Grünzel. Er schilderte die Lage in der grobkeramischen und der Glas- und Porzellanindustrie. Trotzdem waren sozialpolitische Erfolge in der Berichtszeit zu verzeichnen. Den Kassenbericht gab Röbler. Während die Jahre 1928 und 1929 eine Vermehrung des Verbandsvermögens um 8 Millionen brachten, war das Jahr 1930 ungünstig. Am Jahreschluß betrug das Verbandsvermögen 14,3 Millionen Mark. Seit der Stabilisierung sind über 39 Millionen Mark an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Bericht der Redakteure Prüll und Nenninger wurden die Änderungen in der Aufmachung der Zeitungen hervorgehoben. Wesentliche Beschwerden gegen die Redaktion sind nicht bekannt geworden. Weitere Verbesserungen der Verbandsblätter wurden in Aussicht gestellt.

Die Aussprache zeigte, daß gegen den Vorstand keine sonderlichen Beschwerden vorzubringen waren. Eine Vertrauenskundgebung wurde gegen zwei Stimmen angenommen. Ebenfalls eine Entschliebung des Vorstandes zur wirtschaftlichen Lage. Der Genosse Wissel hielt einen Vortrag über die deutsche Wirtschaft im Rahmen der Weltwirtschaft. Bei der Statutenberatung wurde anerkannt, daß Änderungen im Unterstützungswesen notwendig sind. Die von der Kommission vorgelegten Satzungen wurden mit geringen Änderungen angenommen. Zur Vorstandswahl erklärte Brey seine Absicht, sich nach 41-jähriger Verbandstätigkeit von seinem Posten zurückzuziehen. Diese Absicht äußerte auch Girbig, der gleichfalls im pensionsfähigen Alter steht. Beide wiesen auf die Schwierigkeiten des Organisationsaufbaues hin und verlangten Nachbesserung. Den beiden Jubilaren wurde herzlichst gedankt. Mit Brey tritt einer der ersten Führer von der gewerkschaftlichen Bühne ab. Der übrige Vorstand wurde wiedergewählt.

Jubilare in Leer

Die Verwaltungsstelle Leer kann in diesem Jahre wieder elf Jubilare begrüßen, die 25 Jahre dem Verbands die Treue gehalten haben. Am Anfang des Jahres 1906 war ein Streik bei der Norder Eisenhütte ausgebrochen. Darauf wurden die Kollegen in Leer, soweit sie Mitglied des Verbandes waren, ausgespart. Die Organisation war damals in Leer noch sehr jung. Trotzdem sind nur wenige Kollegen in den Betrieben geblieben. Der Kampf ist trotz großer Opfer sehr gut überstanden worden. Das kollegiale Verhalten war in und nach dem Kampfe bei fast sämtlichen Kollegen so stark, wie man es selten bei einer so jungen Organisation beobachten kann. Außerdem birgt die Verwaltungsstelle Leer noch 30 Jubilare, die schon früher dem Verbands beigetreten sind. Damit hat sie insgesamt 40 Jubilare in ihrer Mitte. Möge allen diesen Kollegen für ihre treue Mitgliedschaft die Invaliden-Unterstützung lange beschieden sein.

36 österreichische Kollegen mit untergegangen

Das furchtbare Unglück des französischen Dampfers Philbert am 14. Juni, auf der Höhe von Saint-Nazaire, ist noch in aller Gedächtnis. Unter den 422 Opfern befanden sich auch 36 Mitglieder unseres österreichischen Bruderverbandes. Sie waren, wie wir dem Metallarbeiter, dem Blatte der österreichischen Metallarbeiter entnehmen, durch die Not bestimmt worden, nach Frankreich auszuwandern, um dort mit Zustimmung der österreichischen und französischen Regierung vertragliche Arbeit zu verrichten. Die Kameraden der Ertrunkenen haben von Nantes an die Wiener Regierung ein Schreiben gerichtet, worin sie verlegen, daß die Toten nach ihrer Heimat überführt und ihren Hinterbliebenen eine billige Entschädigung gewährt wird. Zum Schluß heißt es in dem Schreiben:

„Wir hinterlassen 23 tote Arbeitskameraden und drei Frauen. Dutzende von Familien haben ihre Väter, Mütter, Brüder und Schwestern, viele Familien ihren Ernährer verloren oder sind ganz verarmt. ... Auf Grund der Schilderungen des geretteten Arbeitsgenossen Schiack, haben wir die volle Überzeugung gewonnen, daß die Katastrophe durch verbrecherische Fahrlässigkeit verursacht wurde.“

Es ist dringend zu wünschen, daß dem Gesuche von beiden Regierungen entsprochen wird.

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
 Fernsprecher: Dönhoff 6750-6753

Mit Sonntag, dem 2. August, ist der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. August 1931 fällig.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stellung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 1 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Vom Vorstand unseres belgischen Bruderverbandes erhielten wir die Mitteilung, daß jede Woche eine Anzahl Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nach Brüssel kommt, um dort Arbeit zu suchen. Da in der gegenwärtigen Krisenzeit eine starke Arbeitslosigkeit auch in der belgischen Metallindustrie zu verzeichnen ist, ist es der belgischen Organisation unmöglich, den deutschen Kollegen Arbeit zu vermitteln. Der Vorstand der belgischen Organisation bittet uns deshalb, unseren Mitgliedern mitzuteilen, daß sie eine Reise nach Brüssel bzw. Belgien unterlassen sollen, da ihnen weder Arbeit nachgewiesen noch Fahrgeld für die Rückbeförderung nach Deutschland ausgehändigt werden kann.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:
 Der Schlosser Heinrich Habel, geb. am 11. Februar 1897 zu Frankfurt a. M., Mitgliedsbuch Nr. 5991665, wegen unkollegialen Verhaltens.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Warzen i. S. In letzter Nummer der Metallarbeiter-Zeitung wurde bekanntgegeben, daß kein Lokalgeschenk mehr gezahlt würde. Das ist unrichtig. Nach wie vor wird ein Stadtgeschenk im Stadthaus (Polizeiwache) zur Auszahlung gebracht.

Vetschau, Lokalgeschenk wird vom 1. August an nicht mehr bezahlt.

Ein 70 jähriges Mitglied in Trier

Wie uns aus Trier mitgeteilt wird, beging am 28. Juli der Mitbegründer der dortigen Ortsverwaltung des DMV und der Senior des Bezirks, der Kollege Stefan Müller, seinen 70. Geburtstag. Von seinem Eintritt in den DMV, der im Jahre 1903 erfolgte, bis zum heutigen Tage ist der Kollege eifrig um unsere Organisation bemüht gewesen. Leider gehört auch er zu den Erwerbslosen. Zu den Geburtstagswünschen der Trierer Mitgliedschaft für den wackeren Kameraden fügen wir unsere

Stilblüten aus dem Reichstag

Bekannt ist eine Äußerung des Herrn Mumm, der im Plenum pathetisch erklärt:

„Es geht mit diesem Gesetz wie mit einem Hundeschwanz, dem stückweise das Lebenslicht ausgeblasen wird.“

„Als der diensthabende Feldwebel hinzukam, verflüchtigte sich aus der armen Leiche des Soldaten eben der letzte Rest von Leben.“

Ein Vertreter der sogenannten gelben Gewerkschaften wandte sich gegen die Ausführungen eines Kommunisten mit der Frage:

„Glauben Sie, Kapital und Großindustrie würden ihre Knochen dazu hergeben, daß die Kommunisten Honig daraus saugen könnten?“

„... Und nun gestatten Sie mir, daß ich dem Standpunkt des geehrten Vorredners in die Augen trete.“

„Die Ziegel- und die Pflastersteine, die die Festteilnehmer damals gegen die Fenster geschleudert haben, wollen die Herren jetzt uns in die Schuhe schieben.“

Abg. Maltzahn (Komm.): „Gerissene Kaufleute wickeln die Frauen ein!“

„Die Emulsionsmilch ist nur dazu da, den Berlinern Sand in die Augen zu streuen.“

„Auch das Proletariat fußt auf den Brüsten der Wissenschaft.“

„Man muß sich erinnern, daß das Volk geschlechtslos ist, das heißt, daß alle verchiedenen Geschlechter im Volke vorhanden sind und daß die deutsche Frau an jedem deutschen Abgeordneten genau dasselbe Recht hat wie der deutsche Mann.“

„Herr Minister, mit dieser Wendung haben Sie sich selbst in den Schwanz gebissen.“

„Die Dispositionen meiner Rede lasse ich mir von keinem anderen Idioten vorschreiben: das mache ich selbst.“

„Sie sind als persönlicher Mensch auch nur so ein Nachkomme dieser Sauwirtschaft.“

„Meine Herren, irgendein geistvoller Mann hat einmal gesagt, die verständigen Leute in Deutschland seien sehr verständig, aber die Dummheit in Deutschland sei auch sehr dumm.“

„Die Frage des Artikels 16 war bekanntlich die Achillesferse, die nicht leben und nicht sterben konnte.“

„Die Bevölkerungspolitik vollzieht sich in einfachen Bahnen: Ich werde Ihnen gleich zeigen, wie!“

Von der Tätigkeit des RKW

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit bemüht sich in den beiden letzten Jahren immer mehr um die Anerkennung seiner Leistungen durch die Öffentlichkeit. Wiederholt ist es mit öffentlichen Veranstaltungen hervorgetreten, um nachzuweisen, daß im Rahmen der durch das RKW zusammengeführten Rationalisierungskörperschaften nicht einseitig für die Privatwirtschaft Arbeit geleistet wird, sondern daß man darüber hinaus bewußt die volkswirtschaftlichen und menschenökonomischen Zusammenhänge der Rationalisierung zu fördern bereit sei. Der jetzt herausgebrachte Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1930/31 soll zugleich ein Rechenschaftsbericht über die gesamte Leistung sein, die das RKW geleistet hat. Es liegt deshalb nahe, zu prüfen, was diese Leistung an Wirkungen ausgelöst hat.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß der Vorstand des RKW beschlossen hat, den Antrag auf Auflösung dieser Körperschaft beim Reich zu stellen, wenn nicht ein Mehrfaches der Mittel, die im laufenden Haushaltsjahr auf 120 000 M herabgesetzt worden sind, zur Verfügung gestellt werden können. Seitdem das RKW öffentliche Mittel erhält, also seit Beginn des Reichshaushaltsjahres 1925/26, standen insgesamt 6,3 Millionen Mark zur Verfügung. Durch Einnahmen an dem Verkauf der vom RKW herausgegebenen Druckschriften, Formularen usw. und durch Zinseinnahmen bei der Verwaltung der vom Reich bewilligten 6,3 Millionen Mark sind weitere 570 000 M verfügbar gewesen. Mit Hilfe dieses Sonderbetrages konnte die Arbeit, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, trotz der jetzt nur noch bewilligten geringen Etatsmittel bis jetzt weitergeführt werden. Die Frage bleibt, ob die Verwendung der früher reichlicheren Gelder immer den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit entsprochen hat.

Dazu ist zu sagen, daß der Geschäftsführung des RKW oft genug vorgeworfen werden mußte, daß seine Verwaltungsausgaben nicht im richtigen Verhältnis zur Wirkung seiner Tätigkeit gestanden haben. Vielleicht hat sich hierin unter dem Druck der Mittelkürzungen seit 1929 einiges gebessert, vielleicht zeigen sich auch jetzt erst die Auswirkungen früher geleisteter Arbeit: Jedenfalls darf nicht verkannt werden, daß gegenwärtig verschiedene Aufgaben in Angriff genommen worden sind, deren Förderung im Rahmen der RKW-Arbeit gleichzeitig der volkswirtschaftlichen Rationalisierung dienen könnte, wenn, ja, wenn sich innerhalb des RKW der angeblich erwachende Geist auch tatsächlich durchsetzt. In diesem Zusammenhang gewinnt der Hinweis Bedeutung, daß für den Fall der Auflösung des RKW in seiner bisherigen Form als freier Selbstverwaltungskörper die Privatwirtschaft bereits die nötigen Mittel in Aussicht gestellt habe, um das Erbe der bisher mit öffentlichen Geldern geleisteten Arbeit anzutreten. Soll man der Entwicklung diesen Lauf lassen?

Im Februar dieses Jahres veranstaltete das RKW eine Vortragsreihe zur Einleitung der Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiete „Der Mensch und die Rationalisierung“. Einige Vorträge von Wissenschaftlern über „Bestgestaltung der Arbeit“ und über „Fragen der Berufsausbildung und Berufsausbildung“ blieben in den üblichen Allgemeintheorien stecken, und auch die öffentlichen Aussprachen, an denen auch einige Gewerkschaftsführer mit kritischen Ausführungen teilnahmen, haben nicht die ernsthafte Weiterbildung der angeschnittenen weittragenden Probleme zu bewirken vermocht. Aber der Versuch einer solchen Inangriffnahme, der wohl als direkte Folge eines sozialdemokratischen Antrags im Haushaltsausschuß des Reichstages anzusehen ist, muß anerkannt werden, da er Aufschlüsse gab darüber, wie man besser an die Fragen herankommen könne. Außerdem ist die vom RKW für diese Tagung bearbeitete Schrift „Der Mensch und die Rationalisierung“ wertvoller als die Veranstaltung dieser öffentlichen Auseinandersetzungen. Die Schrift enthält immerhin eine ganz brauchbare Materialsammlung und eine programmatische Zusammenstellung zu den beiden Hauptgegenständen der Tagung.

Auch andere Gebiete der Rationalisierung sind neuerdings stärker in Bearbeitung genommen worden. Hierher gehört in erster Linie die Frage nach den Ergebnissen der technischen, organisatorischen und finanziellen Anwendung der Rationalisierungsmittel bei der Betriebsführung. Das hierfür benutzte Verfahren der vergleichenden Betriebsuntersuchungen ist, wie uns dünkt, geeignet, echte Rationalisierung von Fehlerrationalisierung zu scheiden. Es wäre nur zu wünschen, daß von den Ergebnissen solcher Untersuchungen mehr in die Öffentlichkeit käme und der allgemeinen Kritik unterworfen würde. Auch die Arbeiten des Ausschusses für industrielles Budget, der sich mit der Anwendung des Grundsatzes des vorausplanenden Haushalts bei der Betriebsführung beschäftigt, vollziehen sich allzu sehr unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Denn die bisher bekanntgegebenen allgemeinen Leitsätze bilden zwar die Grundlage für das budgetmäßige Denken, sind aber alles andere als aufschlußreich bei der Frage nach den privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wirkungen der betrieblichen Budgetkontrolle. Also auch hier mehr wirklichen Gemeinschaftsgeist bei der „Gemeinschaftsarbeit“.

Im Vordergrund aber steht als brennendste Frage die nach dem Zusammenhang von Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Hier hat das RKW bisher durchaus versagt. Man findet, etwa von der Teilnahme an einer im Juli in Genf veranstalteten Konferenz des Internationalen Rationalisierungs-Instituts abgesehen, keine Andeutung eines Bemühens, hier sachlich Klarheit zu schaffen. A. R.

2,5 Millionen in öffentlicher Fürsorge

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die Ergebnisse der Reichsfürsorgestatistik 1929/30. Der Personenkreis der unterstützten Hilfsbedürftigen setzt sich im Bereich der Bezirksfürsorgeverbände aus folgenden Gruppen zusammen: 78 000 Kriegsbeschädigte, 726 000 Sozialrentner, 267 000 Kleinrentner und 1 578 000 sonstige Hilfsbedürftige. Insgesamt beträgt die Zahl der von den Fürsorgeverbänden betreuten Hilfsbedürftigen 1 986 000. Wohlgemerkt, es handelt sich bei diesen Personen nicht um Kriegsbeschädigte oder Sozialrentner schlechthin, sondern um diejenigen Personen aus diesen Gruppen, die über ihre regelmäßigen Bezüge hinaus durch Zusatzunterstützung usw. der öffentlichen Fürsorge unterstellt sind. Unter den sonstigen Hilfsbedürftigen befinden sich auch die Wohlfahrts-erwerbslosen.

Seit Frühjahr 1930, wo die hier zur Behandlung stehende Erhebung durchgeführt wurde, haben sich die Wohlfahrts-erwerbslosen sehr wesentlich vermehrt. Auf die städtischen Bezirksfürsorgeverbände entfallen 55 bis 60 vH aller Unterstützten, während der Einwohnerzahl nach sich die städtische Bevölkerung auf 40 vH stellt. Die Gesamtzahl der von den Bezirksfürsorgeverbänden unterstützten Personen wird auf 3,2 Millionen zu schätzen sein. Zu den von den Bezirksfürsorgeverbänden betreuten Hilfsbedürftigen treten noch diejenigen, die von den Landesfürsorgeverbänden betreut werden. Diese Zahl beziffert sich auf 466 000 Personen. Die gesamte Nettofürsorgebelastung des Deutschen Reich betrug im Rechnungsjahr 1929/30 1 578 Millionen Mark. Jede Partei erforderte im Durchschnitt einen Betrag von 349 Mark. Auf den Kopf der Bevölkerung waren für die Unterstützung der Hilfsbedürftigen 25,29 M aufzubringen.

In diesen Zahlen offenbart sich ein Stück der deutschen Sozialpolitik. Der Anspruch dieser Hilfsbedürftigen leitet sich aus den Gesetzen her, die nach 1918 geschaffen wurden. Auf sie richtet sich die Kritik der Reaktionen aller Schattierungen. Die Arbeiter sollten aber erkennen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei diese Gesetze befürwortet haben und ihrem Einfluß diese Art von Sozialpolitik zu danken ist.

Sozialisierung der Banken

Der Kredit ist der Lebensnerv der modernen Wirtschaft, ohne den die Unternehmungen selbst für kurze Zeit nicht geführt werden können. Der Zusammenbruch des Kreditgebäudes hat die Erschütterung des ganzen Wirtschaftsgebäudes zur Folge. So ist der Zusammenbruch einer deutschen Großbank mit seinen unübersehbaren Folgen eine Wirtschaftskatastrophe größten Ausmaßes. Für den Staat entsteht ein Zwang zum Eingriff, um das Kreditssystem selbst mit größten Opfern zu retten, wenn die Wirtschaftstätigkeit nicht lahmgelegt werden soll.

Die Bankleitungen werden sich bemühen, sich als Opfer einer unheilvollen Wirtschaftsentwicklung hinzustellen, Wirtschaftskrise und Reparationsleistungen für ihr Schicksal verantwortlich zu machen. Sie werden von einer großen Presse, die ihre Einkünfte in nicht geringem Teil aus den Inseraten der Banken zieht, lebhaft unterstützt werden. Für die Bankenkatastrophe sind sicherlich nicht die Banken unmittelbar verantwortlich. Vor allem waren sie in den letzten Wochen gegen den Ansturm der ausländischen und der inländischen Kapitalbesitzer ohnmächtig. Diese Tatsache enthebt uns jedoch nicht von der Aufgabe, zu prüfen, auf welche Weise die Banken an der Kreditkatastrophe die Schuld tragen.

Wir finden das Bankkapital in Deutschland mit an der Spitze der sozialen Reaktion, die die gewaltigen politischen Spannungen, die gegenwärtig in Deutschland vorherrschen und die auch zum Teil für die große Kreditkrise verantwortlich sind, hervorriefen. Das Bankkapital blieb an Scharfmachertum hinter der Großindustrie und hinter dem Großgrundbesitz nicht zurück. So grotesk und für naive Gemüter so unverstänglich es erscheinen mag, haben die Banken der nationalsozialistischen Reaktion ihre reichlichen Geldmittel zur Verfügung gestellt, was im übrigen auch dafür zeugt, daß die Banken vor der Schwindelpropaganda der Nationalsozialisten gegen das „jüdische Bankkapital“ und für die „Brechung der Zinsknechtschaft“ keine Angst hatten, sie vielmehr die Nationalsozialisten als Stoßbrigade zum Schutz der kapitalistischen Unternehmer und zur Förderung der sozialen Reaktion gleich zu durchschauen vermochten. Den Schlüssel für das Verständnis dieser Entwicklung gibt die vollkommene Verflechtung der Großbanken mit der Großindustrie, vor allem mit der Schwerindustrie. Während der Inflationszeit gerieten die Banken unter die Herrschaft der Großindustrie. Waren es doch in dieser Zeit die Banken selbst, die die Inflation gefördert und gestützt haben. Indessen waren sie vom Inflationsstauem noch rechtzeitig erwacht, rechtzeitig zwar nicht zur Rettung der Volkswirtschaft, sondern allein für die Einholung eines Teils ihrer Inflationsverluste. Die Kapitalien, die sie im letzten Abschnitt der Inflationszeit gehamstert haben, wie die Verfügung über die stark zusammenschmolzenen Kapitalien der Volkswirtschaft verhalten den Banken, als die Industrie von Betriebsmitteln entblößt war, zu einer herrschenden Stellung über die Industrie.

So haben die Banken die Überversorgung der Monopolwirtschaft und die Unterversorgung der nicht monopolistischen Industrie sich zuschulden kommen lassen. Soweit sie anderen als monopolistischen Unternehmungen Kredite gaben, war nicht die Lebensfähigkeit der Betriebe, noch weniger freilich die volkswirtschaftliche Nützlichkeit der Kredite der maßgebende Gesichtspunkt. Verknöcherung, Verbürokratisierung und der vollständige Mangel der Anpassungsfähigkeit an die veränderten Bedingungen der Wirtschaft kennzeichneten die Tätigkeit der deutschen Banken. Zudem versagten sie völlig in der Kontrolle jener Unternehmungen, denen sie Kredite gaben und in deren Aufsichtsräten sie saßen. Die Fälle Fawag, Karstadt, Linoleumtrust, Nordwolle, um nur die schwerwiegendsten zu nennen, die das Vertrauen zur Kreditfähigkeit Deutschlands untergruben, sind Beispiele für das absolute Versagen der deutschen Banken, deren Direktoren im Aufsichtsrat der Industrieunternehmungen

die fetten Tantiemen in die Tasche steckten, ohne sich um die Angelegenheiten der ihnen anvertrauten Unternehmungen zu kümmern. Außer diesen industriellen Tantiemen ließen sich die deutschen Bankdirektoren Gehälter und Tantiemen bewilligen, die in dieser Höhe selbst bei den größten Banken der reichsten Länder nicht im entferntesten gezahlt werden und selbst in den kapitalistischen Krisen des Auslandes schon seit Jahr und Tag Anstoß erregten.

Haben die Banken die ihnen anvertrauten Kapitalien der Volkswirtschaft schlecht verwaltet, so tragen sie auch für die Schwierigkeiten des Kapitalmarktes, für das mangelnde Angebot auf dem Kapitalmarkt zu nicht geringem Teil die Verantwortung. Daß der Aktienmarkt bereits vor Ausbruch der Krise völlig verödet war und daher die Unternehmungen nicht in der Lage waren, sich Anlagekapital durch Aktien zu beschaffen, obwohl diese Art der Kapitalbeschaffung die sicherste und die billigste ist, dafür trifft neben den Industrieunternehmungen auch das Bankkapital die Schuld.

Zum nicht geringen Teil tragen die Banken auch die Schuld dafür, daß die deutsche Wirtschaft mit langfristigen Auslandsanleihen, zu einer Zeit, als solche noch zu günstigen Bedingungen zu haben waren, nicht versorgt wurde und statt dessen die Versorgung vorwiegend mit kurzfristigen Auslandskrediten erfolgte. Indessen haben die Banken mit ihrem ganzen Einfluß die wüste Hetze gegen die öffentliche Wirtschaft mitgemacht und verhindert, so die Versorgung der öffentlichen Wirtschaft mit langfristigen Auslandskapitalien. Diese mußte dann den inländischen Kapitalmarkt in Anspruch nehmen, was die langfristige Kapitalversorgung der privaten Wirtschaft erschwerte. Die Rolle der Banken bei der gewaltigen Steuer- und Kapitalflucht bedarf ebenfalls dringend der Klärung. Die Banken verfügen über gewaltige Auslandsguthaben. Im Ausweis des letzten Berichts der Reichskreditanstalt wurden diese Guthaben für Ende 1930 mit nicht weniger als 3,1 Milliarden Mark ausgewiesen. Als nun das Ausland in den letzten Wochen seine Kredite kündigte, mußte die Reichsbank ihren Geld- und Devisenvorrat hergeben, da die Banken angeblich nicht in der Lage waren, über jene gewaltigen Auslandsguthaben zu verfügen. Diese Guthaben sollten nämlich Fluchtgelder darstellen, die nicht den Banken, sondern anderen Kapitalbesitzern gehörten, deren Fluchtgelder die deutschen Banken verwalteten.

Jetzt sollen nun diese selben Banken, die so kläglich versagten, selbst mit größten Opfern der gesamten Bevölkerung gerettet werden. Auch hier wieder die „Sozialisierung der Verluste“. Indessen muß die Frage laut und immer lauter gestellt werden, ob es dabei sein Bewenden haben soll? Die privaten Banken sind für eine Sozialisierung völlig reif. In der Kredittheorie wird es kaum bestritten, daß die Vereinheitlichung und die Sozialisierung des Bankwesens gegenüber Zersplitterung und Privatbesitz die größten Vorteile bietet. Gegen die Sozialisierung der Banken könnte nur der Einwand gemacht werden, daß das ausländische Kapital, das selbst privatwirtschaftlich eingestellt ist, ein größeres Vertrauen in private Banken als in eine Staatsbank habe, obwohl hinter dieser nicht nur Aktienkapital und Reserven, sondern auch die ganze Steuerkraft der Bevölkerung steht. Nachdem aber die privaten Banken kläglich versagten, muß dieser Einwand wegfallen. Deshalb glauben wir, daß die Parole für die Sozialisierung der Banken ausgegeben werden muß. Sollten die Machtverhältnisse die Sozialisierung der Banken in kurzer Frist nicht gestatten, so ist die Mindestforderung eine scharfe staatliche Kontrolle der Banken unter Beteiligung der Organe der Arbeiterschaft, die die Folgen der Krediterschütterung mit ihrer Verelendung bezahlen muß. Es darf nicht möglich sein, daß die Bevölkerung für die Banken die größten Opfer bringt und sonst alles beim alten bleibt. A. H.

Die Kreditverteuerung seit dem Wahlsieg der Nazis

Die kurzfristigen und die langfristigen Kredite waren in Deutschland in der Nachkriegszeit stets teurer als in den Ländern mit Kapitalüberschüssen. Der Abstand zwischen den Sätzen des ausländischen Geld- und Kapitalmarktes von den deutschen war jedoch unter der Einwirkung der Weltwirtschaftskrise mit ihrer großen Geldflüssigkeit im Jahr 1930 geringer geworden. Im zweiten Vierteljahr 1930 waren durchschnittlich die Sätze des kurzfristigen Auslandsgeldes in Deutschland nur noch um 84 vH höher als im Ausland. Die durchschnittliche Zinsbelastung Deutschlands betrug zu dieser Zeit für kurzfristige Darlehen 4,91 vH gegenüber 2,67 vH im Ausland. Im Ausland selbst war zu dieser Zeit das Geld am billigsten in der Schweiz, 1,79 vH, New York 1,82 vH, während es in Paris 2,62 vH, in London 2,59 vH und in Amsterdam 2,40 vH kostete.

Als Folge der politischen Unsicherheit nach den Septemberwahlen wurden die Zinssätze, die im Ausland infolge der anhaltenden Geldflüssigkeit weiter stark zurückgingen, in Deutschland noch weiter stark erhöht, so daß der Abstand der deutschen Geldmarktsätze von den ausländischen sehr stark anstieg. Im Juni des laufenden Jahres kostete zum Beispiel kurzfristiges Auslandsgeld in Deutschland durchschnittlich 6,84 vH, im Ausland 1,45 vH, das ist das 4,7fache der ausländischen Zinssätze.

Auch auf dem Kapitalmarkt für langfristige Anlagen ist eine ähnliche ungünstige Entwicklung zu beobachten. Langfristiges Kapital kostete in Deutschland im zweiten Vierteljahr 1930 1,7mal so viel wie im Ausland, während im Juni des laufenden Jahres langfristiges Kapital in Deutschland den Schuldnern doppelt so teuer kam wie im Ausland. Da sich aber das kurzfristige Kapital in Deutschland seit den Septemberwahlen in einem viel stärkeren Umfang verteuerte als das langfristige und so sich der Abstand zwischen den Zinssätzen auf dem Geldmarkt und auf dem Kapitalmarkt verringerte, wurde die ansonst gehemmte Abwanderung kurzfristigen Geldes auf den Kapitalmarkt stark erschwert. Während in Frankreich die Kapitalmarktzinsen das dreieinhalbfache, in anderen Ländern das zweieinhalbfache der Geldmarktzinsen ausmachten, war in Deutschland kurzfristiges Geld im Juni 1931 nur 31,6 vH billiger als langfristiges Kapital. Im August 1930 betrug der Abstand noch 203 vH. Diese dem Halbjahresbericht der Reichskredit-

gesellschaft entnommenen Angaben spiegeln die Verwüstungen des nationalsozialistischen Reichstagswahlsieges auf dem Gebiet der Kapitalversorgung wider. Das muß den Finanzierern der nationalsozialistischen Bewegung, den Großindustriellen und Bankiers, immer deutlich vorgehalten werden.

Sinkende Produktion in allen Ländern

Auch in den letzten Monaten ist die industrielle Produktion in den meisten Industrieländern noch gesunken. Seit dem konjunkturellen Höhepunkt hat sich die Produktion bis April 1931 vermindert: in Deutschland um 32, in Polen um 32, in Kanada um 30, in den Vereinigten Staaten um 29, in Großbritannien um 26, in Finnland um 23, in Schweden um 21 und in Frankreich um 9 vH. Wenn der Rückgang der industriellen Produktion in den einzelnen Ländern auch nicht gleich ist, so ist es doch von Belang, daß alle davon betroffen sind. Im Außenhandel der meisten Länder setzt sich die Schrumpfung der Einfuhr und der Ausfuhr ebenfalls fort.

Wohnsiedlung ohne Schornstein

In Bramen wurde vom Allgemeinen freien Angestelltenbund eine Neubausiedlung von 189 Wohnungen errichtet, die insofern eine Neuheit ist, weil die Schornsteine vollständig wegfallen konnten. Die Heißwasserlieferung und die Beheizung der Wohnungen erfolgt durch ein benachbartes Fernheizwerk. Zum Kochen werden nur elektrische Herde und Apparate verwendet. Neben all den Vorzügen, die für den elektrischen Kochherd gelten — Sauberkeit, Arbeitersparnis, gleichmäßige Temperaturen, bessere Ausnutzung des Kochgutes —, zeichnet ihn eine besondere Annehmlichkeit aus: der automatische Regler. Er sorgt dafür, daß unter der wärmeisolierenden Haube stets die erforderliche Kochtemperatur vorhanden ist. Dadurch wird es der Hausfrau ermöglicht, andere Arbeiten während der Zubereitung der Mahlzeit zu verrichten. Bei einem Strompreis von 8 Pf. je kWh ist die elektrische Zubereitung der Speisen wirtschaftlich. Die Bremer AFA-Siedlung zeigt jedenfalls einen Fortschritt im Wohnungsbau. Es ist durchaus möglich, daß die in einigen Jahren oder Jahrzehnten errichteten Neubausiedlungen keines Schornsteins mehr bedürfen. Die Elektrizität bewährt sich auch hier als ein Wohltäter der Menschheit. Völlig allem kommt sie in diesem Falle der Hausfrau zugute.

Die Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Sitzung des Ausschusses des ADGB

Am 16. Juli 1931 trat der Ausschuss des ADGB zusammen, um sich mit der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage zu befassen. Nach einem eingehenden Referat von Leipart und einer ausgiebigen Debatte wurde der Bundesvorstand beauftragt, mit aller Entschiedenheit seinen Einfluß auf die Reichsregierung auch weiter dahin geltend zu machen, daß sie ihre Zusicherungen bestimmter Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni einhält, daß sie bei den Anleiheverhandlungen etwaige Prestigerücksichten den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes unterordnet und den Bestrebungen der rechtsradikalen Parteien mit weit größerem Nachdruck entgegentritt als bisher.

In seinem Vortrag schildert Leipart insbesondere die bedeutsame Rolle, die gewisse politische Forderungen des Auslandes bei den bisher ergebnislosen Anleiheverhandlungen gespielt haben. Offiziell seien diese Forderungen allerdings bisher der Reichsregierung nicht übermittelt worden. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften heute vor allem zwei Forderungen an die Reichsregierung zu richten haben. Erstens, alles zu tun, um eine Verhandlungsgrundlage für eine Verständigung mit Frankreich zu schaffen, zweitens aber, sich endlich zu energischen Maßnahmen gegen das unverantwortliche Vorgehen der Rechtsradikalen zu entschließen. Bei der Vertretung dieser Forderungen ist es nicht nötig, auf die gehässige Agitation der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Rücksicht zu nehmen. Für die Forderungen der Gewerkschaften kann nur das Gesamtinteresse maßgebend sein.

Es ist heute üblich, sogar in der den Gewerkschaften keineswegs unfreundlich gesinnten Tagespresse, von der „Ohnmacht der Gewerkschaften“ zu reden. Daß diese Einschätzung nicht den Tatsachen entspricht, würde sich sehr schnell zeigen, wenn die Rechtsradikalen nicht nur in Worten, sondern mit der Tat den Versuch machten, einen Umsturz herbeizuführen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls für jede Möglichkeit gerüstet sein.

Bei seiner Darstellung der überstürzten Entwicklung der Dinge in den letzten Tagen hob Leipart hervor, daß bei dem Sturm auf die Banken selbstverständlich auch die Arbeiterbank in Mitleidenschaft gezogen worden sei. Sie hat nicht nur, wie alle Banken, den Ansturm auf ihre Sparkasse über sich ergehen lassen müssen, sondern die Kommunisten haben die willkommene Gelegenheit benutzt, ihre Hetze gegen die Gewerkschaften mit besonderer Schärfe auch gegen die Arbeiterbank zu betreiben. Die Arbeiterbank hat das Vertrauen glänzend gerechtfertigt. Sie hat am letzten Montag voll ausgezahlt, während andere Banken und die Sparkassen zumeist nur geringe Teilbeträge auszahlten. Auch heute wäre sie durchaus in der Lage gewesen, weiterhin Auszahlungen in erheblichem Umfang durchzuführen, ohne ihre Geldflüssigkeit zu gefährden, aber sie ist jetzt selbstverständlich ebenso an die Vorschriften der neuen Verordnungen gebunden wie die anderen Banken.

In der Aussprache wurde betont, daß man hinsichtlich der von Deutschland geforderten politischen Konzessionen eine gewisse Vorsicht insofern walten lassen müsse, als sie im einzelnen nicht bekannt seien. Aber es muß von der Reichsregierung unter allen Umständen gefordert werden, daß die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes nicht fragwürdigen Prestigerücksichten geopfert werden. Mit Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in maßgebenden Kreisen des Auslandes keinerlei Bedenken dagegen bestehen, die Notverordnung unter sozialen Gesichtspunkten, vor allem zugunsten der Erwerbslosen, abzuändern, wenn nur dafür gesorgt werde,

daß der finanzielle Ertrag gesichert bleibe. Diese Einstellung des Auslandes ist nicht überraschend, denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß im Ausland

die deutschen Gewerkschaften und die deutsche Sozialdemokratie als der einzige Faktor

gelten, auf den die Kreditwürdigkeit Deutschlands sich gründen kann, ebenso wie auf ihrer Macht und ihrer Entschlossenheit, den Kampf für den Bestand der deutschen Republik rücksichtslos zu führen, die Hoffnung des In- und Auslandes auf die Stabilität der politischen Verhältnisse in Deutschland beruht.

Scharfe Kritik wurde an der Finanzpolitik der Regierung in der letzten Woche geübt. Eine klare politische Linie sei überhaupt nicht erkennbar gewesen. Wenn man beispielsweise überhaupt Bankfeiertage in Erwägung zog, so hätte man diese Maßnahme vernünftigerweise vor dem Zusammenbruch der Danabank durchführen müssen. Dieses Versäumnis hat die erste finanzielle Situation noch weiter verschärft. Die Reichsregierung ist in ihren neuen Verordnungen nicht brutal genug vorgegangen, um wirksam der Kapitalflucht zu steuern. Alle, die fremde Zahlungsmittel jeder Art besitzen, müßten bis zu einem bestimmten Tage dieses Monats verpflichtet werden, ihren Bestand anzugeben. Diese Verpflichtung müßte in einer Notverordnung vorgeschrieben werden, mit der Maßgabe, daß die Nichtangabe des Bestandes an ausländischen Zahlungsmitteln deren Einziehung nach sich ziehen würde.

Allgemeine Übereinstimmung bestand darüber, daß es die Hauptaufgabe sei, unter allen Umständen die Währung zu halten. Dabei ist allerdings zu bedenken, daß die künstliche Vermehrung der Umlaufmittel, die im gegenwärtigen Moment notwendig ist, keine Inflation bedeutet, sondern im Gegenteil eine Maßnahme gegen bestimmte Deflationserscheinungen ist. Zur Sicherung der Währung ist es unbedingt notwendig, die Kredite rücksichtslos zu verteuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß die öffentlichen Körperschaften ihren Finanzbedarf über die Notenpresse decken.

Es gilt Maßnahmen zu treffen, die im Auslande das Vertrauen in eine ordentliche Wirtschaftsführung in Deutschland stärken. Gewisse Reformen des Aktienrechts, in denen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfes, durch die seit geraumer Zeit feststehenden Forderungen der Gewerkschaften revidiert und ergänzt werden müßten, sind zu diesem Zweck notwendig. Es kommen vor allem Vorschriften über die Publizität, die Revisionsbestimmungen, sowie das Mehrstimmenrecht in Frage. In diese Reihe von Maßnahmen, an die jetzt mit Ernst herangegangen werden muß, gehört auch die Einführung einer wirksamen Kartell- und Monopol-Kontrolle, die gleichfalls von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert worden ist und bereits in einem Gesetzentwurf dem Reichstage vorliegt.

Leipart konnte am Schlusse der Aussprache als einmütige Meinung des Bundesausschusses feststellen, daß der Bundesvorstand seine Bemühungen energisch fortsetzen solle, die von der Reichsregierung bereits grundsätzlich versprochenen Erleichterungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 durchzusetzen und darauf zu dringen, daß die Reichsregierung nichts unterläßt, was zu einer Verständigung mit dem Ausland, vor allem auch mit Frankreich führen könne, um die Kreditverhandlungen zu einem positiven Abschluß zu bringen. Insbesondere müsse die Regierung aber zu einer klaren Entscheidung gegen die rechtsradikalen Parteien gedrängt werden, deren hemmungsloses Vorgehen die schwersten wirtschaftlichen sowie unüberschaubare innen- und außenpolitischen Gefahren heraufbeschwört.

Erhöhte Behaglichkeit und nachhaltige Entspannung durch eine gute GEG-ZIGARETTE

GEG-NEPTUN STÜCK 4 Pfg.
GEG-PHANTIS STÜCK 4 Pfg.
GEG-KISIL STÜCK 5 Pfg.
GEG-GASTALDE STÜCK 6 Pfg.

AUS EUERM KONSUMVEREIN

Fahrer LINDCAR

Herrn RM 99.50
Damen RM 95.00
Kinder RM 75.00

Josef Witt, Weiden-Oberpf.
Größtes Webwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eig. Webwaren-Fabriken und eig. Ausrüstungswerk.

2500 Arbeiter und Angestellte,
31472 Spindeln in eigener Spinnerei,
1600 mechanische Webstühle in eigenen Webereien
700 Eisenbahn-Waggonladungen
Webwaren

Nach dem letzten Jahre bei mir eingetroffen!
900000 Nachbestellungen
auf Waren haben mir meine alten Kunden in einem Jahre eingesandt
Der natürlichste Beweis der Güte u. Billigkeit

Ich erwarte auch Ihre Bestellung. Es ist Ihr Nutzen. Jetzt Abgabe an die Verbraucher wie untenstehend. Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.
Bei Bestellung v. 15,- Mk. an erhalten Sie auf diese Preise

noch 5 Prozent Rabatt
Für diesen Rabatt erhalten Sie auf Wunsch eine brauchbare Schlafdecke mit kleinen unschätzbaren Fehlern

Nr.	Preise per Meter	Breite	Mk.
8	Weisses Hemdentuch, etwas leichte Gebrauchsware	70 cm per mtr.	0,20
9	Weisses Hemdentuch, sehr gute, mittelstarkläd., dicht geschlossene Sorte	80 cm per mtr.	0,38
10	Vorhangstoff, sog. Gardinen, aus feinen Garnen mit echt indanthrenfarbig, schönen Streifenmustern	70 cm per mtr.	0,18
11	Handtücher, schwere Strapazierqualität	40 cm per mtr.	0,28
12	Baumwolltuch, ungebleicht, mittelstarkläd., bare Sorte	78 cm per mtr.	0,28
13	Baumwolltuch, ungebleicht, starke, fast unverwundliche Qualität	78 cm per mtr.	0,38
14	Hemdenflanell, gute, haltbare, reißfeste Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift	70 cm per mtr.	0,30
15	Hemdenflanell, echt indanthrenfarbig gestreift, ausserordentlich haltbare, fast unzerreißbare kräftige Qual., fast unverwundl. im Gebrauch	75 cm per mtr.	0,40
16	Weisses Makotuch, feinläd., sehr dicht geschl., garantiert echt ägyptisch, für besonders feine Hemden u. Wäschestücke	80 cm per mtr.	0,50
17	Stahlbüchse, geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierbare Bettücher	150 cm per mtr.	1,15
18	Frotteierhandtücher, aus gutem Kränsestoff, mit schön, eingewebt. Mustern	per Stück	0,70
19	Damentaschentücher, weiss m. Holzsamm, feinläd., fädige gute, sehr beliebte Qualität, 30x30 cm	per 1/2 Dutzend	0,70
20	Wischtücher, gute, beliebte Sorte, sehr strapazierfähig	per 1/2 Dutzend	0,70

Ungeheuer vorteilhaft!

21 Weisses Hemdentuch, mittelstarkläd., geschl., vorzögl. Qualität für sehr solide, besonders haltbare Wäschestücke. Weiß dieses Tuch ohne Appretur hergestellt ist, wird dasselbe in der Wäsche statt leichter, noch dichter, 80 cm breit, Ausnahmepreis

Bei Bestellung genügt Angabe der Nummer mit je der gewünschten Meter- od. Stückzahl

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. bis 20 Dutzend an einen Kunden. Versand erfolgt per Nachnahme von 10,- Mk. an, portofreie Lieferung von 20,- Mk. an

Meine Garantie: Zurücknahme jeder Ware auf meine Kosten, welche trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollt. Zurückzahlung des vollen, angelegten Betrages nicht dann, wenn Sie nicht die vollste Überzeugung haben, dass Sie meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualitäten aussergewöhnlich günstig erhalten haben.

Josef Witt, Weiden 84 Oberpf.
Webwaren - Fabrikation - Ausrüstung - Versand

SCHRIFTENSCHAU

„Der Sündenlohn“. Eine Studie über den amerikanischen Journalismus. Von Opton Sinclair. Das Buch fand, als es vor etwa acht Jahren erschien, keinen Anklang. Nun erscheint dieses unbekannt gebliebene Werk im Malik-Verlag, Berlin W 50, Passauer Str. 3. Preis 4,90 M. — Der Verfasser betont im Vorwort ganz ausdrücklich, daß sich die Ereignisse genau so, wie er sie berichtet, abgespielt haben. Er verpflichtet sich, „die Wahrheit, die volle Wahrheit und nichts als die Wahrheit“ wiederzugeben. Sinclair schildert die ungeheure, verwirrende und aufreizende Macht der Presse. Es gibt einfach kein Gebiet, das sie nicht an sich reißt. Sie schweigt Unliebsames tot, sie gibt entstellte und gefärbte Tatsachen wieder und verlogene Berichte. Ein ungeheures Netz von Bestechungen fängt alle Gegner ein. Mit dieser bloßstellenden Anklage gegen die bürgerliche Presse trifft Sinclair nicht nur Amerika, sondern die ganze Welt. „Der Sündenlohn“ ist ein Mahnruf, die Erkenntnis dieser Zustände nicht weiter schlummern zu lassen, sondern im Gegenteil sie wachzurütteln. R. C.

Die Industrialisierung der Sowjetunion. Von Gg. Engelbert Graf. Preis 40 Pf. Schriftenreihe „Sozialistische Zeitfragen“. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung GmbH, Berlin W 30, Gluckstr. 5. — Die tatsächlichen Möglichkeiten und Erfolge der Sowjetunion und der russischen Wirtschaft werden über den notwendigen Parteikampf leider überschätzt. Man kann den „Weg zum Sozialismus“, den die Bolschewiki eingeschlagen haben, für falsch und ungehörig für die ganze europäische Welt

halten und wird dennoch für die Sozialisierungsaufgaben der nächsten Zukunft aus ihren Erfolgen und Mißerfolgen vieles lernen können. Alle angeschnittenen Fragen werden knapp, unvoreingenommen und sachlich zu beantwortet versucht.

„Der Bücherkreis“, Vierteljahrszeitschrift. Das 3. Sonderheft umfaßt „Ostliteratur“. Viele Bilder. Typographische Ausstattung von Fr. Tschichold, München. Preis 90 Pf. Verlag „Der Bücherkreis GmbH“, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7. Der Inhalt des Heftes ist reichhaltig.

Büchergilde. Das Juli-Heft gibt Neuerscheinungen des dritten Quartals bekannt. Besondere Erwähnung verdienen die Bücher „Die Kluff“, ein Frauenroman von Ellea Wilkinson, und von Fredrik Parelus „Friedlos Afrika“ und „Meine schwarze Legende“. Die Monatszeitschrift der Büchergilde wird den Mitgliedern dieser Gemeinschaft kostenlos zugestellt. Verlag „Die Büchergilde Gutenberg“, Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5.

Technik für Alle. Technische Monatshefte. Monatlich ein Heft zum Preise von 75 Pf. Verlag Dieck & Co., Stuttgart, Pfaffenstr. 5-7. — Das Juli-Heft bringt ein Bilderraten mit ausgesetztem Geldpreis. Bunte, anregungsvolle Darstellungen werden gegeben, die durch zahlreiche gute Bilder und Zeichnungen erläutert sind.

Deutsche Invaliden-Zeitung. Blatt des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands. Vierteljährlich 1,50 M. Einzelnummer 90 Pf. Verlag: Vermögensverwaltung des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands GmbH, Berlin-Schöneberg, Kaiser-Friedrich-Str. 9. Die Zeitschrift erscheint Anfang jeden Monats.

Immer weiße Zähne

30 Jahre Spezialextrakt, der seit 15 Jahren bei Zahnpfleger Eberhart benutzt. Sieht sie bei je nach Zahnfarbe. Sie haben immer weiße Zähne mit einem angenehmen Geschmack im Munde, unabhängig, da sie nicht klingen. Teil des Spezialextrakt benutzt. Sie sind bereit die ganze Familie zur Zahnpfleger-Eberhart, G. Eberhart, Str. 10. — Sie sind bereit die ganze Familie zur Zahnpfleger-Eberhart, G. Eberhart, Str. 10. — Sie sind bereit die ganze Familie zur Zahnpfleger-Eberhart, G. Eberhart, Str. 10.

Großer Preisabbau! Billige Böhmische Bettfedern!

1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 70 Pfg. bessere Qualität 80 Pfg. halbweiße, feine 1 M 20; weiße, feinste, geschlossene 1 M 50, 1 M 60, 2 M 50, letzte, geschlossene Halbweiße Herrschaftsbettfedern 3 M, 4 M, 5 M. Rappfedern, ungeschlossene, mit Fenn gemischt, halbweiß, Punkte für Kinder. Ferner jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an fremde. Nachnahme wird empfangen oder Geld zurück. S. BENSCH in PRAG 22, AMERKA ULICE NR. 889, BÖHMEN.

Betten

1/2 schiff, schmal, feder, mit 7 Matt 15,50, 12,25, 22,50, 25,-, 28,50 Mk. schiff mit 6 Matt 14,50, 15,75, 15,50, 21,25, 24,50, 28,50 Mk. Einzel mit 2 1/2 Matt 3,50, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50, 8,50 Mk. halbweiße mit 3 1/2, 3 1/2, 4, 4,5, 5, 5,5, 6, 6,5, 7, 7,5, 8, 8,5, 9, 9,5, 10, 10,5, 11, 11,5, 12, 12,5, 13, 13,5, 14, 14,5, 15, 15,5, 16, 16,5, 17, 17,5, 18, 18,5, 19, 19,5, 20, 20,5, 21, 21,5, 22, 22,5, 23, 23,5, 24, 24,5, 25, 25,5, 26, 26,5, 27, 27,5, 28, 28,5, 29, 29,5, 30, 30,5, 31, 31,5, 32, 32,5, 33, 33,5, 34, 34,5, 35, 35,5, 36, 36,5, 37, 37,5, 38, 38,5, 39, 39,5, 40, 40,5, 41, 41,5, 42, 42,5, 43, 43,5, 44, 44,5, 45, 45,5, 46, 46,5, 47, 47,5, 48, 48,5, 49, 49,5, 50, 50,5, 51, 51,5, 52, 52,5, 53, 53,5, 54, 54,5, 55, 55,5, 56, 56,5, 57, 57,5, 58, 58,5, 59, 59,5, 60, 60,5, 61, 61,5, 62, 62,5, 63, 63,5, 64, 64,5, 65, 65,5, 66, 66,5, 67, 67,5, 68, 68,5, 69, 69,5, 70, 70,5, 71, 71,5, 72, 72,5, 73, 73,5, 74, 74,5, 75, 75,5, 76, 76,5, 77, 77,5, 78, 78,5, 79, 79,5, 80, 80,5, 81, 81,5, 82, 82,5, 83, 83,5, 84, 84,5, 85, 85,5, 86, 86,5, 87, 87,5, 88, 88,5, 89, 89,5, 90, 90,5, 91, 91,5, 92, 92,5, 93, 93,5, 94, 94,5, 95, 95,5, 96, 96,5, 97, 97,5, 98, 98,5, 99, 99,5, 100, 100,5, 101, 101,5, 102, 102,5, 103, 103,5, 104, 104,5, 105, 105,5, 106, 106,5, 107, 107,5, 108, 108,5, 109, 109,5, 110, 110,5, 111, 111,5, 112, 112,5, 113, 113,5, 114, 114,5, 115, 115,5, 116, 116,5, 117, 117,5, 118, 118,5, 119, 119,5, 120, 120,5, 121, 121,5, 122, 122,5, 123, 123,5, 124, 124,5, 125, 125,5, 126, 126,5, 127, 127,5, 128, 128,5, 129, 129,5, 130, 130,5, 131, 131,5, 132, 132,5, 133, 133,5, 134, 134,5, 135, 135,5, 136, 136,5, 137, 137,5, 138, 138,5, 139, 139,5, 140, 140,5, 141, 141,5, 142, 142,5, 143, 143,5, 144, 144,5, 145, 145,5, 146, 146,5, 147, 147,5, 148, 148,5, 149, 149,5, 150, 150,5, 151, 151,5, 152, 152,5, 153, 153,5, 154, 154,5, 155, 155,5, 156, 156,5, 157, 157,5, 158, 158,5, 159, 159,5, 160, 160,5, 161, 161,5, 162, 162,5, 163, 163,5, 164, 164,5, 165, 165,5, 166, 166,5, 167, 167,5, 168, 168,5, 169, 169,5, 170, 170,5, 171, 171,5, 172, 172,5, 173, 173,5, 174, 174,5, 175, 175,5, 176, 176,5, 177, 177,5, 178, 178,5, 179, 179,5, 180, 180,5, 181, 181,5, 182, 182,5, 183, 183,5, 184, 184,5, 185, 185,5, 186, 186,5, 187, 187,5, 188, 188,5, 189, 189,5, 190, 190,5, 191, 191,5, 192, 192,5, 193, 193,5, 194, 194,5, 195, 195,5, 196, 196,5, 197, 197,5, 198, 198,5, 199, 199,5, 200, 200,5, 201, 201,5, 202, 202,5, 203, 203,5, 204, 204,5, 205, 205,5, 206, 206,5, 207, 207,5, 208, 208,5, 209, 209,5, 210, 210,5, 211, 211,5, 212, 212,5, 213, 213,5, 214, 214,5, 215, 215,5, 216, 216,5, 217, 217,5, 218, 218,5, 219, 219,5, 220, 220,5, 221, 221,5, 222, 222,5, 223, 223,5, 224, 224,5, 225, 225,5, 226, 226,5, 227, 227,5, 228, 228,5, 229, 229,5, 230, 230,5, 231, 231,5, 232, 232,5, 233, 233,5, 234, 234,5, 235, 235,5, 236, 236,5, 237, 237,5, 238, 238,5, 239, 239,5, 240, 240,5, 241, 241,5, 242, 242,5, 243, 243,5, 244, 244,5, 245, 245,5, 246, 246,5, 247, 247,5, 248, 248,5, 249, 249,5, 250, 250,5, 251, 251,5, 252, 252,5, 253, 253,5, 254, 254,5, 255, 255,5, 256, 256,5, 257, 257,5, 258, 258,5, 259, 259,5, 260, 260,5, 261, 261,5, 262, 262,5, 263, 263,5, 264, 264,5, 265, 265,5, 266, 266,5, 267, 267,5, 268, 268,5, 269, 269,5, 270, 270,5, 271, 271,5, 272, 272,5, 273, 273,5, 274, 274,5, 275, 275,5, 276, 276,5, 277, 277,5, 278, 278,5, 279, 279,5, 280, 280,5, 281, 281,5, 282, 282,5, 283, 283,5, 284, 284,5, 285, 285,5, 286, 286,5, 287, 287,5, 288, 288,5, 289, 289,5, 290, 290,5, 291, 291,5, 292, 292,5, 293, 293,5, 294, 294,5, 295, 295,5, 296, 296,5, 297, 297,5, 298, 298,5, 299, 299,5, 300, 300,5, 301, 301,5, 302, 302,5, 303, 303,5, 304, 304,5, 305, 305,5, 306, 306,5, 307, 307,5, 308, 308,5, 309, 309,5, 310, 310,5, 311, 311,5, 312, 312,5, 313, 313,5, 314, 314,5, 315, 315,5, 316, 316,5, 317, 317,5, 318, 318,5, 319, 319,5, 320, 320,5, 321, 321,5, 322, 322,5, 323, 323,5, 324, 324,5, 325, 325,5, 326, 326,5, 327, 327,5, 328, 328,5, 329, 329,5, 330, 330,5, 331, 331,5, 332, 332,5, 333, 333,5, 334, 334,5, 335, 335,5, 336, 336,5, 337, 337,5, 338, 338,5, 339, 339,5, 340, 340,5, 341, 341,5, 342, 342,5, 343, 343,5, 344, 344,5, 345, 345,5, 346, 346,5, 347, 347,5, 348, 348,5, 349, 349,5, 350, 350,5, 351, 351,5, 352, 352,5, 353, 353,5, 354, 354,5, 355, 355,5, 356, 356,5, 357, 357,5, 358, 358,5, 359, 359,5, 360, 360,5, 361, 361,5, 362, 362,5, 363, 363,5, 364, 364,5, 365, 365,5, 366, 366,5, 367, 367,5, 368, 368,5, 369, 369,5, 370, 370,5, 371, 371,5, 372, 372,5, 373, 373,5, 374, 374,5, 375, 375,5, 376, 376,5, 377, 377,5, 378, 378,5, 379, 379,5, 380, 380,5, 381, 381,5, 382, 382,5, 383, 383,5, 384, 384,5, 385, 385,5, 386, 386,5, 387, 387,5, 388, 388,5, 389, 389,5, 390, 390,5, 391, 391,5, 392, 392,5, 393, 393,5, 394, 394,5, 395, 395,5, 396, 396,5, 397, 397,5, 398, 398,5, 399, 399,5, 400, 400,5, 401, 401,5, 402, 402,5, 403, 403,5, 404, 404,5, 405, 405,5, 406, 406,5, 407, 407,5, 408, 408,5, 409, 409,5, 410, 410,5, 411, 411,5, 412, 412,5, 413, 413,5, 414, 414,5, 415, 415,5, 416, 416,5, 417, 417,5, 418, 418,5, 419, 419,5, 420, 420,5, 421, 421,5, 422, 422,5, 423, 423,5, 424, 424,5, 425, 425,5, 426, 426,5, 427, 427,5, 428, 428,5, 429, 429,5, 430, 430,5, 431, 431,5, 432, 432,5, 433, 433,5, 434, 434,5, 435, 435,5, 436, 436,5, 437, 437,5, 438, 438,5, 439, 439,5, 440, 440,5, 441, 441,5, 442, 442,5, 443, 443,5, 444, 444,5, 445, 445,5, 446, 446,5, 447, 447,5, 448, 448,5, 449, 449,5, 450, 450,5, 451, 451,5, 452, 452,5, 453, 453,5, 454, 454,5, 455, 455,5, 456, 456,5, 457, 457,5, 458, 458,5, 459, 459,5, 460, 460,5, 461, 461,5, 462, 462,5, 463, 463,5, 464, 464,5, 465, 465,5, 466, 466,5, 467, 467,5, 468, 468,5, 469, 469,5, 470, 470,5, 471, 471,5, 472, 472,5, 473, 473,5, 474, 474,5, 475, 475,5, 476, 476,5, 477, 477,5, 478, 478,5, 479, 479,5, 480, 480,5, 481, 481,5, 482, 482,5, 483, 483,5, 484, 484,5, 485, 485,5, 486, 486,5, 487, 487,5, 488, 488,5, 489, 489,5, 490, 490,5, 491, 491,5, 492, 492,5, 493, 493,5, 494, 494,5, 495, 495,5, 496, 496,5, 497, 497,5, 498, 498,5, 499, 499,5, 500, 500,5, 501, 501,5, 502, 502,5, 503, 503,5, 504, 504,5, 505, 505,5, 506, 506,5, 507, 507,5, 508, 508,5, 509, 509,5, 510, 510,5, 511, 511,5, 512, 512,5, 513, 513,5, 514, 514,5, 515, 515,5, 516, 516,5, 517, 517,5, 518, 518,5, 519, 519,5, 520, 520,5, 521, 521,5, 522, 522,5, 523, 523,5, 524, 524,5, 525, 525,5, 526, 526,5, 527, 527,5, 528, 528,5, 529, 529,5, 530, 530,5, 531, 531,5, 532, 532,5, 533, 533,5, 534, 534,5, 535, 535,5, 536, 536,5, 537, 537,5, 538, 538,5, 539, 539,5, 540, 540,5, 541, 541,5, 542, 542,5, 543, 543,5, 544, 544,5, 545, 545,5, 546, 546,5, 547, 547,5, 548, 548,5, 549, 549,5, 550, 550,5, 551, 551,5, 552, 552,5, 553, 553,5, 554, 554,5, 555, 555,5, 556, 556,5, 557, 557,5, 558, 558,5, 559, 559,5, 560, 560,5, 561, 561,5, 562, 562,5, 563, 563,5, 564, 564,5, 565, 565,5, 566, 566,5, 567, 567,5, 568, 568,5, 569, 569,5, 570, 570,5, 571, 571,5, 572, 572,5, 573, 573,5, 574, 57